1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Nr. 46
15. Nov. 85
19. Jahrgang
Preis: 1,— DM

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Für ein paar DM mehr . . .

Die Sache mit der „Spende" der Konzerne an den BND nimmt Formen an. Der BND engagierte mit dem dicken Geld offensichtlich einen Kopfgeldjäger, den Privatdetektiv Mauss, in verschiedenen Kriminalfällen bereits zu traurigem Ruhm gekommen.

Und: Der BND intervenierte — erfolgreich — dafür, daß die Staatsanwaltschaft 1980 die Untersuchungen gegen Exminister und Bankier Friderichs abbrach, weil ihn dies gefährden könne.

Entgegen erster Dementis lag der Vorgang dem damaligen Kanzleramt offensichtlich vor, so daß die politische Billigung dieses illegalen Vorgangs vorhanden war.

Diese ganzen Vorgänge sollten eine Lehre für diejenigen sein, die meinen, „so etwas" könne in der BRD nicht mehr passieren, aus was für Gründen auch immer. Wobei mit „so etwas" in der Regel Dinge gemeint sind wie Militärputsch, Faschismus oder ähnliches. Wo sich die Kapitalisten schon direkt den Geheimdienst kaufen können, um Jagd auf ihre Gegner zu machen, da sind auch solche Weiterungen durchaus denkbar.

Es ist schon eine Ungeheuerlichkeit, die da ans Tageslicht kam, durch Brauchitschs seltsam offene Worte.

Sicher: Der Mann hat sich was dabei gedacht, als er alle und jeden mit seiner Aussage überraschte. Da es aber offensichtlich über alles Akten gibt, kann es ja nur bisher ein Interesse daran gegeben haben, diese Tatsachen nicht bekannt werden zu lassen, und er hat aus Gründen seiner eigenen Verteidigung dieses Schweigen gebrochen.

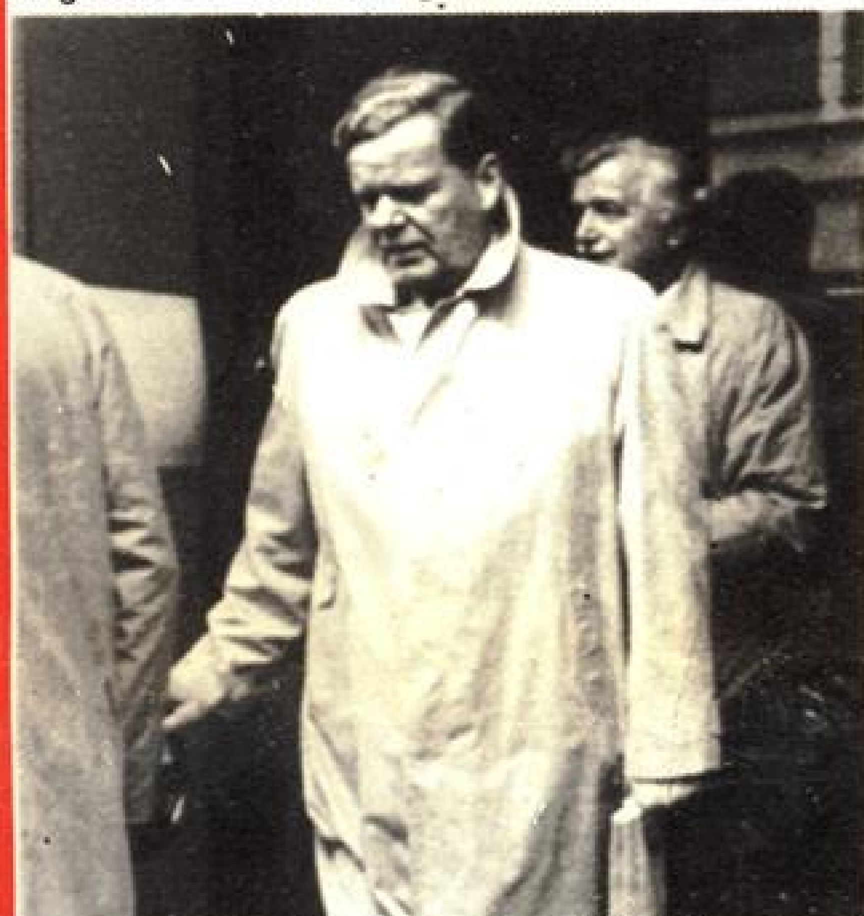
Um die eigenen Gesetze kümmert sich im Bonner Zentrum der Staatsgewalt offensichtlich niemand.

Da ist alles möglich, für ein paar DM mehr oder sogar noch mehr . . .

Neue Tatsachen über Politikerkauf

Der Minister, das Finanzamt und der BND . . .

Gleich drei „staatstragende" Säulen sind in der letzten Woche neu in die Schlagzeilen geraten. Grund: Verwicklungen in die sogenannte Parteispendenaffäre. Handlungsorte: Bonn und Stuttgart.



von Brauchitsch — warum die Enthüllung?

Daß die Stuttgarter „Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft" (GFW) nicht viel anderes darstellt als einen Umschlagplatz von Geldern, die vor allem aus den Kassen von Daimler und Bosch in die Kassen von CDU und FDP (fast gar nichts an die SPD) fließen, war schon länger bekannt. Darüber hatten der „Spiegel" und die „Metall", um nur zwei Beispiele zu nennen, bereits 1983 ausführlich berichtet. (Auch nachzulesen in verschiedenen Ausgaben des RM 83 und 84).

Das „neue" an den jetzigen Enthüllungen der „Stuttgarter Nachrichten" ist die Art und Weise der Verwicklung der verschiedenen baden-württembergischen Finanzminister und, davon abgeleitet, der Finanzämter, in die ganzen Vorgänge. Ähnliches war bisher (neben Bonn) nur aus Mainz zu Zeiten Helmut Kohls bekannt geworden.

Seit längerer Zeit nutzen Fürsprecher der Bestechungen die Tatsache, daß die Finanzämter über den Betrug der Konzerne und Parteien informiert waren, als Entlastungsargument. Die Reihe dieser Befürworter sieht an ihrer Spitze, wie mehrfach berichtet, den Präsidenten des Bundesfinanzgerichtes Klein (CSU), der die ganzen Prozesse erst seinen Finanzgerichten überantwortet sehen möchte, um seine Leute da schon rauspauken zu können. Die jetzt bekannt gewordenen Tatsachen, daß es nämlich die verschiedenen baden-württembergischen Finanzminister waren, die den Finanzämtern (sofern welche tätig werden wollten) es regelrecht verboten, aktiv zu werden, zeigen, daß dieses Argument der Kenntnis genauso ein Schwindel ist, wie die ganze übrige Angelegenheit.

Fortsetzung auf Seite 2

SPD-Abgeordneter untersuchte Steuerflucht

Das neuste Milliardenspiel . . .

Wenn es bei bundesdeutschen Kapitalisten um dunkle Geschäfte geht, dann dreht es sich in der Regel heutzutage um Milliardenbeträge. So auch beim Thema Steuerflucht, über das der SPD-Abgeordnete Spöri, (der sich schon beim Thema Flick in einigen Kreisen recht unbeliebt gemacht hatte), vor der Presse berichtete.

Spöri, bei der SPD-Fraktion für Steuerfragen zuständig, berichtete vor allem über die eindeutige Liebe westdeutschen Kapitals zur Karibik. Dorthin, auf die Niederländischen Antillen, auf die Bahamas und nach Panama, aber auch die Cayman-Inseln bewegte sich in den Jahren 76 bis 83 ein wachsender Zug westdeutschen Kapitals.

In den fünf Jahren bis 83 investierten bundesdeutsche Konzerne in den genannten vier Steuerparadiesen runde 2 Milliarden DM, die westdeutschen Großbanken in den sieben Jahren bis 83 sogar runde 17 Milliarden. Das bedeutete jeweils eine Versechs- bzw. Versiebenfachung des dort angelegten Kapitals im genannten Zeitraum — ein Vorgang äußerster Massivität also.

Spöri fragte angesichts dieser eindeutigen Taktik, Gewinne innerhalb von Konzernen und Banken zu Tochterbetrieben in diesen Ländern zu verlagern und so keine Steuern bezahlen zu müssen, nach der Wirksamkeit des Steuerfluchtgesetzes von 1973. Ein Gesetz, das damals von der Linken und den Gewerkschaften gefordert worden war und auf deren Druck zustande kam, großes Gejammere bei den Kapitalisten hervorrief, aber ihnen alle nötigen Schlupflöcher ließ, die sie brauchten.

Eine echte Gesetzgebung gegen kapitalistische Steuerflucht, die das Gejammere von Seiten der Betroffenen wirklich verdienen würde, wäre die einzige Möglichkeit, diesen Riesenbetrug zu stoppen, nur: Welche Bonner Partei würde solch ein Gesetz verabschieden wollen? Denn es hilft wenig, wie Spöri als Lösung die bessere Zusammenarbeit mit dem Ausland zu empfehlen, das heißt nur, anderen die Schuld zuzuschieben.

Friedenswoche '85

Überall vielfältige Aktionen



Am letzten Wochenende hat die Friedenswoche der Friedensbewegung mit zahlreichen Aktionen begonnen. Die Palette der Aktivitäten reichte von einer Frauendemonstration in Stuttgart, über gemeinsame Info-Stände in den Innenstädten wie z. B. die „Friedensmeile" in Düsseldorf bis zu Hochschulveranstaltungen. Der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung spricht von rund 2000 Veranstaltungen, die insgesamt in dieser Friedenswoche stattfinden sollen.

Besonders bemerkenswert: Auf dem Kongreß „Militarisierung des Weltraums", der am Wochenende in Hamburg stattfand, wurde erstmals ein offener Brief bekannt, den 315 von ca. 1000 Wissenschaftlern der physikalischen Großforschungsanlage Deutsche Synchron (DESY) an Bundeskanzler Kohl gerichtet haben. Der Brief richtet sich gegen das SDI-Projekt und eine deutsche Beteiligung daran.

Wenige Tage zuvor hatten bereits 1 000 Ingenieure, Techniker und Informatiker der Siemens AG in einer gemeinsamen Erklärung angekündigt, daß sie jede Mitarbeit an Teilbereichen des SDI-Programms ablehnen und die Bundesregierung aufgefordert, gegen SDI Stellung zu beziehen.

Teil der Friedenswoche sind auch Aktionen gegen Feierlichkeiten aus Anlaß des 30jährigen Bestehens der Bundeswehr.

Wenn ein Rädchen nicht funktioniert

Bayern: Selbsteintritt vollzogen

Am Montag dieser Woche bekam die DWK offiziell die Baugenehmigung für die WAA. Sieben verschiedene Genehmigungen hat der Regierungspräsident der Oberpfalz auf Anweisung des bayerischen Innenministeriums erteilt. Das zuständige Landratsamt wurde, wie es die Neuregelung des Selbsteintritts will, übergangen.

„Selbsteintritt" diese geniale Neuschöpfung typisch Straußscher Prägung heißt in die Alltagssprache übersetzt nicht anderes als: Wenn eine untergebene Stelle nicht funktioniert wie gewünscht, dann macht es die Regierung eben selber — eine Art legaler Putsch sozusagen.

Und das Landratsamt hatte nicht funktioniert, hatte Bedenken und Einwände gegen den Bau der WAA in Wackersdorf vorgebracht — also ließ die bayerische Staatsregierung ihren Regierungspräsidenten, der schon frühzeitig erklärt hatte, er werde gar nichts prüfen, sondern zusagen, ans Werk gehen.

Damit ist das Signal für die Rodungsarbeiten im Auftrag der DWK eigentlich auf „Grün" gestellt, wobei noch das Monatsende abgewartet werden soll, um den Ausgang eines Normenkontrollverfahrens abzuwarten. Trotzdem: Das „Lex WAA" wie die dubiose Regelung des Selbsteintritts auch genannt wird (weil sie speziell für die Durchsetzung der WAA aus der Taufe gehoben wurde) ist in Kraft und hat gewirkt. Um solche profanen Dinge wie demokratische Verwaltungswege hat sich Strauß (und seine Truppe) ohnehin noch nie gekümmert, vor allem nicht, wenn es um die Profite der beteiligten Großkonzerne geht, wie bei der WAA. Und an der wollen eine ganze Reihe der größten Konzerne der BRD massig verdienen, also schafft man notfalls dafür auch ein neues Gesetz.

Aktienspekulation im Hoch

Der Aufschwung: Börsenrekorde

Der Aufschwung ist längst da: Nicht nur bei den Gewinnen der Unternehmer, sondern auch bei den Aktienspekulanten. Ein Report in der „Wirtschaftswoche" 46/85 macht dies deutlich: Immerhin 84,7 Milliarden DM betrug im letzten Jahr das Volumen bundesdeutschen Aktienhandels.

Der Jubel in einschlägigen Kreisen ist kolossal: Endlich sind auch die westdeutschen Börsen „wer" im weltweiten Vergleich. Zwar noch um Welten entfernt von New York und Tokio, aber fast schon auf einer Höhe mit London — das war noch nie da. Nach ewigem Klagen über das „Stiefkind" Aktie herrscht nun ausschließlich Jubel, soll der Trend mit allen Mitteln fortgesetzt werden.

Der Umsatz in Aktien in der BRD hat sich innerhalb der letzten zehn Jahre immerhin fast verfünffacht — die drittgrößte Wachstumsrate der Welt. Das entscheidende Wachstum fand dabei in den Jahren seit Kohls Regierungsantritt statt.

Der Grund liegt natürlich in der Gewinnträchtigkeit bundesdeutscher Konzerne: Nicht umsonst liegen vor allem die Aktien jener Konzerne ganz vorne in dieser Rekordliste, die die größten Gewinne zu verzeichnen hatten.

Die Daimler-Aktie stieg in den letzten drei Jahren von 275 DM auf über 1000 DM pro Stück, die der Deutschen Bank von 250 auf 700 DM, die der Allianz von 350 auf sage und schreibe 1700 DM je Stück. Auch die anderen, wie Siemens beispielsweise, verzeichnen Kursgewinne bis hin zum dreifachen.

Dabei spielen neben der Gewinnsituation dieser Konzerne auch die Währungsverhältnisse eine zentrale Rolle — bei hohem Dollar war stets ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Eine Rolle spielen aber auch die politischen Verhältnisse wie der eindeutige Einschnitt zur Zeit der Installierung der Kohl/Genscher-Regierung zeigt. Spekulanten und Großanleger konnten in dieser Zeit Millionenvermögen einkassieren — kein Wunder, daß es für diese Kreise keine Debatte darüber gibt, ob der Aufschwung stattfindet.

von Bülow gebremst

SPD-Kommission: Ja zur NATO-Strategie

Die umstrittenen Thesen des Vorsitzenden der „Kommission Sicherheitspolitik" beim Parteivorstand der SPD, Andreas von Bülow, sind bereits weit im Vorfeld des Parteitages im nächsten Frühjahr gebremst worden.

von Bülow einigte sich mit seinen beiden Stellvertretern im Vorsitz dieser Kommission Horn und Pawelczyk (die beide ursprünglich sofort zu lautstarker öffentlicher Kritik an ihm angehoben haben) auf eine Reihe von Thesen, die nichts mehr mit seinen eigenen Überlegungen gemein haben.

Kernaussage der Übereinkunft dieses Dreiertreffens ist die Unterstützung der SPD für die geltende NATO-Strategie. Eine Änderung der Strategie könne es nur im Einvernehmen mit den anderen NATO-Ländern geben. Jene SPDler also, die so stolz betont hatten, bei ihnen gäbe es wenigstens keine Denkverbote, können nun, einmal mehr, getrost den Schwanz einziehen: Es gibt sie durchaus.

Der Kern der Auseinandersetzungen um Bülows Thesen war ja niemals gewesen, daß er etwas anderes als eine Variante bürgerlicher Militärpolitik vorgeschlagen hätte. Nur: Genau daran hat in der herrschenden Klasse der BRD niemand Bedarf — es soll die geltende bleiben und die SPD muß sich, will sie sich als erneut regierungsfähig profilieren, daran halten.

Deshalb wurde jetzt aus den Thesen — den vorliegenden Meldungen zufolge — alles entfernt, was zumindest in der öffentlichen Debatte für einige Unruhe hätte sorgen können. Etwa der, wenn auch keineswegs fortschrittlich begründete, Abzug der US-Truppen, auch wenn erst in weiter Zukunft.

Was geblieben ist, sind all jene vieldeutigen Formulierungen, mit denen die SPD seit langem, spätestens seit Godesberg, ihre entsprechende Politik möglichst ungenau umschreibt.

Das „Ja" zur geltenden NATO-Strategie der SPD kommt keineswegs überraschend, erstaunlich daran ist vor allem, wie weit im Vorfeld des Programm-Parteitages hier bereits „klar Schiff" gemacht wurde.

Impressum
Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD
Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 439692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehe. Dem „Roten Morgen" liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU-R, KG (NHT), KPD, PA" bei.

Der Minister, das Finanzamt und der BND ...

Fortsetzung von Seite 1

Vor allem gegen zwei noch lebende Finanzminister richten sich die Vorwürfe — weil es auch ihre Parteien waren, die vom Betrug am meisten profitierten. Der FDP-Minister Hermann Müller (von 1960 bis 1966 — als auch in Baden-Württemberg eine große Koalition nach Bonner Muster eingerichtet wurde) hinterließ handschriftliche Notizen auf Akten, mit denen er weitere oder geplante Nachforschungen direkt unterband. Auch entsprechende Gesetzesvorlagen aus seinem eigenen Ministerium ließ der FDP-Minister zurückpfeifen.

Also: Sicher gab es genügend leitende Finanzbeamte, die, zumindest auf gutem Fuß mit den betreffenden Konzernen stehend, von sich aus es unterließen, Betrügereien aufzudecken. Da würden bei konkreten Nachforschungen sicherlich auch noch einige „Provinzskandale" auftreten.

Aber: Dort, wo versucht wurde, Nachforschungen anzustellen, wurden diese von Beteiligten am Betrug daran gehindert, dies zu tun. Wer sich an die anfänglichen Nachrichten über die Untersuchungen der Bonner bzw. St. Augustiner Behörde des Herrn Förster (und den verschiedenen Erpressungsversuchen, damit aufzuhören) erinnert, wird leicht erkennen können, welch starke Parallelen es da gibt.

Was konkret für Baden-Württemberg nun eben bedeutet: Es waren die Finanzminister Müller (FDP) und Gleichauf (CDU von 68 bis 80) die bewußt verhindert haben, daß die trüben Geschäfte ihrer Parteien mit den beiden im Lande beherrschenden Konzernen ans Tageslicht kamen.

Daß dies nicht nur in Bonn passierte und auch nicht nur in Mainz, ist ein Hinweis auf die tatsächliche bundesweite Dimension dieser Vorgänge. Zur Ergänzung: Gerade in diesen Tagen sind zwei weitere Landtagsabgeordnete aus NRW ins Kreuzfeuer geraten. Dem CDU-Abgeordneten Sanden wurde die Immunität aberkannt, weil er im 76er Bundestagswahlkampf als Vorsitzender der CDU Wuppertal 214000 DM von der Versicherungswirtschaft abkassiert hatte. Der SPD-Abgeordnete Poulheim trat von seinem Posten als Bürgermeister in Bergheim zurück, weil bekannt wurde, daß er im diesjährigen Landtagswahlkampf 10000 DM vom Besitzer einer örtlichen Supermarktkette kassierte. Sein Landtagsmandat behielt er (noch?) bei.

Eine völlig neue Dimension: BND

Eine völlig neue Dimension des Einkaufs deckte ausgerechnet Eberhard von Brauchitsch im Kölner Prozeß gegen ihn, Lambsdorff und Friderichs auf. Neben der Landschaftspflege in den politischen Parteien kaufte sich die Großindustrie nach seinen Angaben auch ganz direkt Teile der Staatsgewalt für ihre Ziele ein.

Zehn Großkonzerne zahlten 1978 eine halbe Million Mark an den BND zur „Terroristenbekämpfung". Auf dem üblichen Betrugsweg, über die berüchtigte „Staatsbürgerliche Vereinigung". Sie wollten damit, so die ebenso knappe wie arrogante Begründung zur „vorübergehenden Überbrückung eines fehlenden Etat-Postens" beitragen. Flick immerhin mit vorne dabei, Friderichs Dresdner Bank zog noch 1980 nach.

Von dem Geld wurden sogenannte Anti-Terror-Experten angestellt — nach Berichten der „Welt am Sonntag" mit dem konkreten Ziel, Brigitte Mohnhaupt zu jagen.

Daß dieses ganze Vorgehen reichlich und direkt verfassungswidrig ist, schien in diesen Tagen in Bonn niemanden zu stören, außer all denen, die wieder einmal von nichts gewußt haben wollen, einschließlich des Exkanzlers Helmut Schmidt, dessen Amtschef Schüler immerhin die Aufsicht über die Geheimdienste hatte, auch über deren Finanzen.

Daß die ewige Kritik an der angeblichen Laschheit westdeutscher Geheimdienste nicht nur verfehlt ist, sondern auch deren Rolle bedenkenlos ins Gegenteil verkehrt, haben nicht nur die Kommunisten in den letzten Monaten immer wieder betont. Daß es nun aber so ist, daß sich die Kapitalisten ganz privat einen BND halten und ihm für ihre Ziele Geld geben, das läßt doch in der Tat Weiterungen zu: Wenn es beispielsweise der Polizei an Ausrüstung mangelte, um Proteste gegen AKW-Pläne niederzuknüppeln, wer sprang dann ein, falls kurzfristige Haushaltsverschiebungen nicht möglich waren? Ebenfalls Flicks schwarze Kasse?

Der BND sozusagen als Privatarmee der Großkonzerne — das ist die naheliegende Interpretation der Sachlage. Nicht, daß dies besonders überraschend wäre — ist es doch seine Aufgabe, die Interessen des Großkapitals zu verteidigen. Aber daß dies so direkt, ohne den Umweg über Staatskasse und -finanzen passiert (obwohl auch diese Zahlung wie gesagt auf dem Wege des Steuerbetrugs ging) war kaum zu erwarten.

Nach zehn Wochen Prozeß, die wenig ereignisreich waren, deren wesentlicher Inhalt in Verfahrensanträgen der Rechtsanwälte bestanden (die bei anderen politischen Prozessen längst schon eine Hetzkampagne der Rechtspresse auf sich gezogen hätten) nun also endlich die „Sensation" — dafür wurde sie bisher recht gering gehandelt.

Warten auf Kohl?

Noch in diesem Jahr will die Koalition darüber entscheiden, ob sie eine gesetzliche Neuregelung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes herbeiführen will, wie es die Unternehmerverbände, die FDP und weit über 100 Bundestagsabgeordnete der Unionsparteien fordern.

Die 213 Delegierten der 12. Frauenkonferenz der IGM haben den IGM-Vorstand aufgefordert, „zur Verteidigung der demokratischen Grundrechte sowie der Existenz der Gewerkschaften" die Mitglieder aufzurufen, „von ihrem Streikrecht Gebrauch zu machen". Sie verwiesen auf die Fehler der Gewerkschaften in der Weimarer Republik: „Der politische Mut der Gewerkschaften zum Handeln ist jetzt gefragt, um Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen."

Die mit überwältigender Mehrheit gefaßten Beschlüsse der Frauenkonferenz in dieser Frage kamen gegen den erbitterten Widerstand Hans Mayrs zustande. Hans Mayr setzt wie DGB-Chef Ernst Breit auf Gespräche mit der Bundesregierung und den Unternehmern.

Schwer zu sagen, ob Hans Mayr selbst glaubt, was er etwa der „Welt" in einem Interview erklärte: „Was den Bundeskanzler betrifft, so habe ich den Eindruck, daß er schon in verschiedenen Fragen die Sorgen der Gewerkschaften akzeptiert. Und es könnte durchaus sein, daß er auch erkannt hat, was es bedeutet, wenn der § 116 im Arbeitsförderungsgesetz so geändert würde, wie das die FDP will."

Nun war es gerade so, daß die Regierung während des Streiks für die 35-Stunden-Woche den Franke-Erlaß eben deshalb herbeigeführt hat, weil sie erkannt hat, was für eine Schwächung der gewerkschaftlichen Kampfpositionen das bedeutete. Damals haben sich nicht nur die FDP-Minister, sondern vor allem auch der Kanzler selbst und sein Arbeits- und Sozialminister Blüm als Einpeitscher hervorgetan.

Auch der Vorstoß, den Franke-Erlaß nach den für Unternehmer und Regierung negativen Gerichtsurteilen zum Gesetz zu machen, kam zunächst nicht aus der FDP, sondern aus den Unionsparteien.

Ist schon unklar, worauf Mayr die in Kohl gesetzten Hoffnungen gründet, so ist völlig nebulös, wo Mayr die Kompromißmöglichkeiten sieht, auf die der DGB sich mit dem angeblich verständigen Kohl einigen könnte.

Der IG-Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe, der ebenfalls fein differenziert zwischen Kohl einerseits und den „der BDA verbundenen Kreisen" andererseits, wird in einem Interview mit der Wirtschaftswoche nur um weniges deutlicher: „Der Kanzler selbst hat vorgeschlagen, den Streitpunkt Arbeitsförderungsgesetz statt legislativ (gesetzgeberisch — RM) mit neuen Schlichtungs- und Schiedsregulierungen im Sinne der Tarifautonomie zu lösen. Dazu wären wir bereit, aber die BDA blockiert."

Richtig ist: die Unternehmerorganisationen „blockieren", lassen bis jetzt keine Gesprächsbereitschaft erkennen. Aus ihrer Sicht stellt sich die Frage offensichtlich so dar, daß sie es nicht nötig haben, sich mit dem DGB herumzustreiten, wo sie doch in Bonn eine ausreichende Mehrheit für eine gesetzliche Regelung haben.

Aber für den eher wahrscheinlichen Fall, daß die Unternehmer schließlich doch noch Gesprächsbereitschaft zeigen, wäre es doch interessant zu erfahren, wie Rappes „Lösung im Sinne der Tarifautonomie" denn aussehen könnte.

Unübersehbar ist, daß sowohl Mayr als auch Rappe von der bisherigen Position der Gewerkschaften, keine Änderung der bestehenden Rechtslage in Sachen Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit zulassen, abgerückt sind. Mayr wendet sich nur noch gegen die Änderungspläne **der FDP**, Rappe sieht Lösungsmöglichkeiten **im Sinne der Tarifautonomie.**

Erkennbar gibt es keine Anzeichen dafür, daß die Unternehmer sich kampflos mit einer Regelung einverstanden erklären könnten, die inhaltlich nicht weitgehend auf den Franke-Erlaß hinauslaufen würde.

Die Gewerkschaften sind vom organisierten Unternehmertum und seiner Bonner Regierung zur Kraftprobe herausgefordert. Mayr, Breit und Rappe suchen nach Wegen, dieser Kraftprobe auszuweichen. Wie ein solcher Weg aussehen könnte, ist unschwer zu erraten: in der Form wird den Gewerkschaften die Möglichkeit gegeben, das Gesicht zu wahren (keine Gesetzesänderung, kein direkter staatlicher Eingriff), aber in der Sache wird den Forderungen der Unternehmer weitgehend Rechnung getragen. Dafür wäre auch Kohl. In der Sache wäre das der Weg der Kapitulation vor der Reaktion, wie ihn die Führung des ADGB vor 1933 eingeschlagen hat.

Dagegen haben die IG-Metall-Frauen den „politischen Mut der Gewerkschaften zum Handeln" gefordert. Damit dürfen sie nicht allein bleiben.

Nach der Hannoveraner Konferenz:

Eureka — oder was?

Kanzler Kohl hielt seine Eröffnungsansprache — und ging. Englands Außenminister Howe las sein Manuskript ab — und ging. Und mit ihnen noch einige der 37 vertretenen Minister (plus Kohl) aus 18 Ländern Europas. Die Klarheit darüber, was Eureka nun wirklich sein soll, wer daran wie sich beteiligen will, ist trotz aller großen Worte Genschers zum Abschluß der Konferenz nicht größer geworden.

Mehr als 300 Vorschläge lagen auf dem Tisch dieses „Marktes der Möglichkeiten". Was immer auch heute zu Eureka gesagt werden sollte, von jenem Modell, das letztes Jahr in Frankreich geboren wurde und das Frankreichs Minister Dumans im April in einem Rundbrief in Europa recht konkret vorgestellt hatte, ist nichts mehr übrig geblieben.

1. Eureka für den Frieden

Deutlich wurde — endgültig — in Hannover, daß die Alternative, wie sie beispielsweise von der SPD, in ihrem Schlepptau aber auch ansatzweise von der DKP propagiert wird „hie friedliches Eureka da kriegerisches SDI" keineswegs zutreffend ist. Betrachtet man den außergewöhnlich langen Wunschzetel, der da in Hannover von den 18 Regierungen vorgelegt wurde genauer, so wird man darauf serienweise dieselben Projekte finden, wie sie auch im SDI-Katalog stehen, nur eben nicht ausgesprochen in die Militärforschung eingeordnet. Und von zivilen Vorhaben garniert. Diese Tatsache wird noch dadurch unterstrichen, daß es genügend westeuropäische Regierungen gibt, die starke Vorbereitungen für eine Teilnahme an SDI getroffen haben, die zur selben Zeit zumindest auch mitschwimmen wollen, wenn es um Eureka geht — London und Bonn sind dafür Beispiele.

2. Die Wichtigkeit dieses Vorhabens

Ganz eindeutig wurde auch, bereits vor den Tagen von Hannover, daß Eureka lediglich zweitrangig ist — zumindest für die wichtigsten beteiligten Staaten, allen voran die Bundesrepublik. Die Konzentration der Kräfte liegt eindeutig bei SDI.

Die Bundesregierung hatte dies ja bereits in ihrer Finanzplanung im Bundeshaushalt deutlich gemacht, aus dem hervorgeht, daß es sich aufgrund des zugebilligten finanziellen Spielraums überhaupt nur um wesentlich kleinere Projekte handeln kann als bei SDI.

3. Das Hohe Lied des Kapitals

Von kapitalistischen Spitzenfunktionären wie Otto Wolf von Amerongen kurz vor der Konferenz nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das Kapital keinesfalls irgendwelche „bürokratischen Maßnahmen" wünsche, wurde in Hannover tagelang das hohe Lied des freien Unternehmertums gesungen, der das Projekt Eureka realisieren solle und auch nur könne. Wenn aber so wenig an Steuergeldern dabei abzuholen ist, wird sich die Vorliebe der Kapitalisten für SDI weiter Bahn brechen, von wo sie sich eindeutige Zuschußprofite erwarten.

Die Beteiligung an Eureka, das immerhin wurde in Hannover klar, ist weder für die westeuropäischen Regierungen noch für die Kapitalisten eine echte Alternative zu SDI. So aber war es einst von Frankreich aus propagiert worden, so wurde es beispielsweise von der SPD vertreten — und in diesem Sinne gibt es nach Hannover kein Eureka mehr.

Wobei all jene Kritiker, die da behaupteten, SDI schade der westeuropäischen Wirtschaft, während Eureka ihr nutze nun sehen müssen, daß jene, die die „Wirtschaft" dieser Länder kommandieren, darüber eine ganz andere Meinung haben, daß sie meinen, daß ihnen am meisten nützt, was die größten Gewinnchancen hat. Das aber ist der einzige Grund, den sie haben, gegen Eureka zu sein, und nicht etwa die Tatsache, daß es sich dabei um eine fortschrittliche Sache handele. Mitnehmen, was geht, wollen sie natürlich auch, deshalb keine grundsätzliche Ablehnung und auch keine eindeutigen Erklärungen.



Elektronik für Marine: Bestandteil von Eureka

Im Bundestag:

Ja zum „schnellen Brüter"

Gegen die Stimmen der Grünen und der SPD (wobei sechs Abgeordnete gegen ihre Fraktion stimmten) beschloß der Bundestag letzte Woche sein „Ja" zum schnellen Brüter in Kalkar.

Bereits vor zwei Wochen, bei der entsprechenden Anhörung vor dem Landtag in Nordrhein-Westfalen, wurde deutlich, daß all jene, die die These vertraten, wesentliche Teile des bundesdeutschen Kapitals wollten den Brüter inzwischen selbst nicht mehr, sich in einem schweren Irrtum befanden. Damals in Düsseldorf marschierten die Experten der Energiekonzerne und aller beteiligten Unternehmen serienweise auf, um wie üblich, Notwendigkeit, Sicherheit und alles, was gewünscht, für den Brüter zu attestieren.

Im Bundestag kam es dementsprechend, nachdem auch nochmals der CDU-Wirtschaftsrat sich entsprechend geäußert hatte, zu genau der Abstimmung, die erwartet worden war. Die Regierungsparteien — bis auf einen — geschlossen dafür, die Grünen geschlossen dagegen, die SPD mit einer (vielleicht kleiner als erwarteten) Fraktion von Befürwortern, ansonsten gegen den Brüter.

Gegen den Brüter — das heißt ausdrücklich nur gegen ihn und nicht etwa gegen die Atomwirtschaft — die es ja als eigene Branche nicht gibt (außer den Energiekonzernen, aber selbst da ist zu differenzieren), sondern in der fast alle wesentlichen bundesdeutschen Konzerne mitwirken. So blieb es denn in weiten Teilen ein Eiertanz, den die SPD da vorführte und den ihre profiliertesten Parlamentsrechten nicht mitmachten. Es war Erich Wolfram (Recklinghausen), der für die sechs „Abweichler" begründete, daß sie die AKWs für nötig hielten. Er sprach natürlich auch für Adolf Schmidt und auch den IG-Chemie-Vorsitzenden Rappe, sowie für die Abgeordneten Stahl, Reuschenbach und Sanders.

Hauptredner für die Regierungsparteien waren neben Minister Riesenhuber noch Minister Bangemann und der Dortmunder CDU-Abgeordnete Ludwig Gerstein — die sich gegen eine „absolute Kohlevorrangpolitik" wandten.

Sie warfen der SPD ganz massiv eine „Kehrtwendung', vor, nachdem sie lange Jahre für den Brüter plädiert habe. Den konkreten SPD-Argumenten über „neue Erkenntnisse" (die nur für die SPD-Bundestagsfraktion neu gewesen sein mögen) vermochten sie nichts anderes entgegenzuhalten als die alte Leier von angeblicher Sicherheit, behaupteter Wirtschaftlichkeit und erwartetem technologischen Fortschritt.

Bleibt als Fazit: Der Brüter wird „leben", die AKW-Wirtschaft hat sich mit ihrer Regierung durchgesetzt. Die kommende Auseinandersetzung mit der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen in den nächsten Monaten wird schlagzeilenträchtig werden, ohne wesentlich andere Positionen als die im Bundestag vertretenen. Ob größere öffentliche Proteste gegen den Brüter stattfinden werden, wird noch abzuwarten sein.

Gegen sozialen Wohnungsbau

Schneiders Bekenntnis

Dementiert wurde sie verschiedentlich — die Tatsache, daß der amtierende Bundesbauminister Oskar Schneider ein erklärter Gegner des sozialen Wohnungsbaus ist. Nun hat er endlich, ohne Umschweife, ohne Hin und Her, Farbe bekannt und damit alle Dementis widerlegt.

In der letzten Woche war es, als Schneider seine Philipika vortrug — mit dem Ansatzpunkt „Gemeinnützigkeit". Die will er abschaffen. Wobei er die dort getriebene Mißwirtschaft als demagogischen Aufhänger nimmt, mit Vorliebe bei der „Neuen Heimat". Wer aber solcherart den gemeinnützigen Wohnungsbau abschaffen will, der plädiert zugleich dafür, den sozialen Wohnungsbau überhaupt abzuschaffen.

Denn: Interesse an der Abschaffung haben keinesfalls die Mieter. Die teuren Mieten sind in der Regel immer noch deutlich niedriger als im sogenannten freien Wohnungsmarkt, wo die Diktate der Versicherungen und Großanleger und Miethaie gelten. Von denen nur die „Spitze des Eisberges" gelegentlich als Haie bezeichnet wird, etwa einst ein Kaußen, der es besonders kraß trieb — aber so sehr unterschiedlich vom Gebaren etwa der Versicherungen war seines gar nicht.

Die Mieter etwa der „Neuen Heimat" wehren sich ja gerade gegen die Überlassung ihrer Wohnungen an den angeblich freien Markt, was für sie nur deutlich finanzielle Verschlechterungen bedeuten kann. Aber Herrn Schneiders Kundschaft ist eine andere, ist von der Art, die in Bonn Landschaftspflege aus schwarzen Kassen betreibt.

Den Unmut über die vielfachen Teuerungen in diesem Bereich versucht Schneider nun auf demagogische Weise auszunutzen, um seine noch viel übleren Spießgesellen besser ins Geschäft zu bringen.

Die einzig gangbare aktuelle Alternative dazu wäre die Einführung eines echten kommunalen Wohnungsbaus, der sowohl die hemmungslose Profitwirtschaft von Versicherungen usw. zurückdrängen könnte, als auch, unter politischer Kontrolle, die Mißwirtschaft des sozialen Wohnungsbaus verhindern und so die Mieten endlich einmal verbilligen könnte. Nur gibt es für solch eine Lösung, die die einzige im Interesse der Mieter wäre, keine größere politische Kraft, die sich dafür einsetzt.

Dabei wäre dies durchaus auch auf kommunaler Ebene eine Möglichkeit, die Lage zu verbessern. Eine entscheidende Veränderung dieser Lage aber wäre nur möglich mit einer Politik, die die Frage des Grund und Bodens sowie der privaten Wohnungswirtschaft überhaupt aufwirft und hier Enteignung und Alternativen aufzeigt — eine sozialistische Politik eben.



Quintessenz der Baupolitik: Abriß für Spekulanten

Handelsblatt beurteilt Finanzpolitik:

Lob für Lafontaine

Was sich auf dem Parteitag der Saar-SPD bereits zeigte (der RM berichtete), ist in der saarländischen Haushaltspolitik Wirklichkeit geworden: Keine Alternative zur Bonner Politik. Das gab Lob vom „Handelsblatt"

Die saarländische Finanzpolitik könnte von Stoltenberg sein, so stockkonservativ ist sie — das ist das Fazit eines längeren „Handelsblatt"-Artikels zum Haushalt an der Saar.

Der saarländische Finanzminister legte denn tatsächlich einen Haushalt vor, der kleiner ist als der im Vorjahr. Zwar bleiben noch in der Kalkulation die erwarteten Millionen für ARBED, aber solch ein Haushalt ist deutlicher Beweis dafür, daß nicht nach einer politischen Alternative zu Bonn gesucht wird.

Lafontaine und seine Minister betonen ständig, sie hätten zwar den guten Willen aber halt leider gar kein Geld. Was, selbst wenn es stimmen sollte, keine wesentliche Werbung für die eigene Politik darstellen würde.

Aber so einfach ist die Sache nicht: Da gibt es noch viele Umschichtungsmöglichkeiten. Und was den saarländischen Zentralfall betrifft, ARBED nämlich, Hauptgrund der Landesverschuldung an der Saar, so ist die Politik Lafontaines seit seinem Amtsantritt deutlich anders als die Versprechungen, die er einst formulierte.

Die einzige Maßnahme besonderer Art — neben einigem Wirbel ohne viel Wirkung in der Umweltpolitik — die bisher von der Landesregierung an der Saar getroffen wurde, ist die Kürzung der Ministerialzulage zu Beginn nächsten Jahres. Dafür gibt es sicherlich in der Öffentlichkeit einige Unterstützung — und darauf wird ja auch spekuliert.

Daß Kürzungen bei den höheren Beamtenrängen keineswegs unsozial sind, dürfte eine leicht einleuchtende Möglichkeit sein. Daß aber die Frage der gesamten Haushaltspolitik, gar etwa der Besteuerung von Unternehmen bisher noch nicht einmal in der öffentlichen Debatte aufgetaucht ist, ist schon ein deutlicher Hinweis auf den fehlenden alternativen Inhalt von Lafontaines Finanzpolitik — ein Lob aus gutem Grunde also.

Tarifverhandlungen gescheitert

Streik bei der Lufthansa

Auf verschiedenen Flughäfen begannen am Montag Streikaktionen der ÖTV gegen die Lufthansa. Der geschäftsführende Hauptvorstand der ÖTV hatte die Tarifverhandlungen bei der Lufthansa über eine Neuregelung der Gewinnbeteiligung und eine Vorruhestandsregelung für gescheitert erklärt und mit 20 : 14 Stimmen den Streik beschlossen.

Der Hauptvorstand folgte damit der Empfehlung der Tarifkommission. Die ÖTV fordert für dieses Jahr eine Gewinnbeteiligung von 40 Millionen DM, die für alle Beschäftigten der Lufthansa als einheitlicher Betrag ausgezahlt werden soll. Bei Durchsetzung der ÖTV-Forderung würde jeder Lufthansa-Beschäftigte 1100 DM erhalten. Im letzten Jahr lag die Gewinnbeteiligung bei 520 DM pro Beschäftigten.

Nachdem Ende Oktober die ÖTV-Mitglieder bei der Lufthansa sich in einer Urabstimmung mit 82 Prozent für einen Streik zur Durchsetzung der Forderungen ausgesprochen hatten, legte der Lufthansa-Vorstand ein Angebot auf den Tisch, das folgende Erhöhung der Gewinnbeteiligung vorsah: 850 DM als Sockelbetrag plus 6 Prozent des Montaseinkommens, mindestens aber 1025 DM.

Dieses Angebot wurde von der Tarifkommission und dem ÖTV-Vorstand nun abgelehnt. Die bürgerliche Presse merkt verschiedentlich hämisch an, ob ein Streik für 75 DM sich denn eigentlich lohne. Wie zu hören ist, haben die 14 Gegner des Streikbeschlusses im geschäftsführenden Hauptvorstand ihre Haltung auch mit dieser Argumentation begründet.

So einfach liegt die Sache in Wirklichkeit nicht. Das Lufthansa-Angebot bleibt eben nicht nur mit 75 DM unter der ÖTV-Forderung, vom Gesamtvolumen dürfte es die ÖTV-Forderung von 40 Millionen sogar annähernd erreichen. Dem Lufthansa-Vorstand geht es gezielt darum, die hochverdienenden Mitarbeiter besser zu bedienen, also von der einheitlichen Gewinnbeteiligung wegzukommen. Damit wird nicht nur auf die spalterische Wirkung geschielt, die von jeder Ausweitung der Lohn- und Gehaltsdifferenzierung ausgeht. Die Sache hat einen sehr viel handfesteren Hintergrund: das Lufthansa-Angebot will die DAG stärken und die ÖTV schwächen.

Von den 38000 Inlandsbeschäftigten der Lufthansa sind ca. 10000 bei der ÖTV organisiert, vorwiegend Bodenpersonal. Bei der DAG sind dagegen ca. 5000 Beschäftigte organisiert, vor allem 70 Prozent der Piloten und 30 Prozent des Kabinenpersonals.

Mit dem Lufthansa-Angebot könnte die DAG also behaupten, für den Großteil ihrer Mitglieder mehr erreicht zu haben — auf Kosten der Beschäftigungsgruppen, die hauptsächlich durch die ÖTV vertreten werden.

Entsprechend hat die DAG beschlossen, sich an dem Streik nicht zu beteiligen. Insofern geht es bei der Lufthansa auch um die Frage „einheitliche gewerkschaftliche Interessenvertretung der Belegschaft oder berufsständische Spaltung?"



Wallraff was here — aber wo bleibt die IG Metall?

„Thyssen gefordert" schreibt die „metall" in ihrer Ausgabe vom 1. November in dem Bericht zu dem Buch von Günter Wallraff „Ganz unten". Natürlich zu recht.

Der Artikel endet: „Da kann man nur noch auf engagierte Staatsanwälte hoffen." Tatsächlich? Auf die IG Metall kann man nicht hoffen? Sieht man in Frankfurt nach den Enthüllungen des Wallraff-Buchs nicht auch die Notwendigkeit zu der Feststellung: die IG Metall ist gefordert?

Gewiß, die IG Metall fordert das Verbot der Leiharbeit. Sie hat eine Reihe von Prozessen gegen Unternehmer vom Schlage Remmert oder Vogel geführt. Wahr aber ist: ein einzelner Mensch, Günter Wallraff, hat für die Aufdeckung der Zustände und dafür, der Forderung nach dem Verbot der Leiharbeit Öffentlichkeit zu verschaffen, mehr getan als die gesamte IG Metall.

Woran liegt das? An dem Namen Wallraffs, an dem Sensationsinteresse, mit dem seine Enthüllungen in der Öffentlichkeit erwartet und aufgenommen werden? Zum Teil sicher, aber nur zum kleineren Teil.

Wahr ist vor allem: die Konsequenz, mit der Wallraff die Unmenschlichkeit und Zustände dieser modernen Sklaverei anprangert, die Rückhaltlosigkeit, mit der er sich auf die Seite der unterdrücktesten Schichten der Arbeiterklasse stellt, war und ist nicht die Haltung der IG Metall.

Wenn die „metall" schreibt: „... Betriebsräte kämpfen seit Jahren in diesem Bereich gegen Desinteresse, Gleichgültigkeit und bürokratische Hürden", dann ist diese Selbstgerechtigkeit noch nicht einmal die halbe Wahrheit. Es ist eine halbe Lüge. Wahr ist, daß viele Betriebsräte wissen, daß Werkverträge in Wirklichkeit Scheinwerkverträge sind, daß sie die unmenschlichen Bedingungen kennen, unter denen Leiharbeiter in ihrem Betrieb arbeiten müssen — und daß sie mit diesem Wissen ganz gut leben. Das galt eben auch für die Mehrheit der Thyssen-Betriebsräte — jedenfalls bis Wallraff sein Buch veröffentlichte.

In direkter Nachbarschaft von Thyssen — bei Mannesmann in Duisburg — haben Betriebsräte massenhaft Verstöße gegen das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz aufgedeckt, die betroffenen Subunternehmer-Kollegen dabei unterstützt, gegen Mannesmann zu klagen. Mannesmann konnte gezwungen werden, zig Kollegen in ein ordentliches Beschäftigungsverhältnis zu übernehmen.

Wahr ist: die Initiative ging nicht von der Betriebsratsmehrheit aus, die von der IGM-Liste gestellt wird, sondern von der Gruppe ‚Konsequente Gewerkschafter', deren Betriebsräte aus der IGM ausgeschlossen wurden.

Wahr ist auch: Aus den Vorgängen bei Mannesmann zogen weder die Duisburger Ortsverwaltung noch die Mehrheit der Thyssen-Betriebsräte Konsequenzen für Thyssen.

Gewiß, die Forderung nach Abbau des Subunternehmer-Unwesens wird in vielen Betrieben von den Betriebsräten immer wieder erhoben. Vorzugsweise dann, wenn Arbeitsplätze der Stammbelegschaft bedroht sind. Dann ist es populär zu sagen, bevor von uns welche gehen müssen, sollen erst einmal die Subunterleute raus.

Natürlich ist das nicht immer so. Viele Betriebsräte und Gewerkschafter kämpfen tatsächlich gegen Leiharbeit und Sklavenhändler. Aber daß es Arbeiter zweiter Klasse als Manövriermasse gibt, paßt eben vielen Betriebsräten, die den Betriebsfrieden wahren und keine Scherereien wollen, ganz gut ins Konzept.

Wallraff hat der IG Metall demonstriert, daß es unter den Gewerkschaftsmitgliedern und in der Bevölkerung eine breite Basis für die Forderung nach einem Verbot der Leiharbeit gibt. Er hat der IG Metall damit auch günstige Bedingungen geschaffen, nun endlich für die Verwirklichung dieser Forderung etwas zu tun.

Darauf muß nun gedrängt werden: mit Resolutionen auf Mitglieder-, Vertrauensleute-, Vertreterversammlungen usw.

Jeder Gewerkschafter sollte aber auch in seinem Betrieb anfangen: jeder Werkvertrag gehört erneut auf den Prüfstand des Vertrauensleutekörpers und des Betriebsrates.

Barbara Dürk klagt gegen Diskriminierung

Sanfte Diskriminierung nach Kavaliersart?

Vor dem Frankfurter Landesarbeitsgericht klagt Barbara Dürk in zweiter Instanz, weil sie im Rahmen einer Bewerbung um eine an der Kasseler Gesamthochschule ausgeschriebene Stelle als Frau diskriminiert und abgelehnt wurde. Es ist die dritte Klage von Frauen, die sich auf den 1980 eingeführten § 611a des Bürgerlichen Gesetzbuchs stützt, der ein Verbot geschlechtsspezifischer Benachteiligung enthält.

Barbara Dürk, ursprünglich Lehrerin, hatte, nachdem sie nicht in den Schuldienst übernommen worden war, zunächst drei Jahre als Akkordarbeiterin in einer Keramikfabrik gearbeitet und dann zur Maschinenschlosserin umgeschult. Im Sommer 1985 hatte sie sich um die an der Gesamthochschule Kassel ausgeschriebene Stelle eines „Facharbeiters" für ein „industriegefördertes Forschungsvorhaben" beworben. Bei dem Forschungsvorhaben, geleitet von einem Professor Alfred Puck, ging es um die „Entwicklung hochbelasteter Bauteile aus Faser-Kunststoff-Verbunden für den Automobilbau".

Zunächst bekam Barbara Dürk einen freundlichen Brief des Professors, in dem ihr ein Vorstellungsgespräch in Aussicht gestellt wurde. Als Barbara Dürk sich nach einigen Wochen telefonisch erkundigte, erklärte ihr ein Assistent des Professors, die Arbeit sei für sie als Frau zu schwer. Kurze Zeit drauf bekam sie diese Auskunft von Professor Puck auch schriftlich.

Es hatten sich in der Zwischenzeit nämlich über 40 Männer um die Stelle beworben. Eingestellt wurden sogar zwei. Barbara Dürk aber wurde nicht einmal mehr zum Vorstellungsgespräch zugelassen.

Dagegen erhob Barbara Dürk Klage — zunächst vor dem Arbeitsgericht in Kassel. Das Kasseler Arbeitsgericht entschied mit hanebüchener Begründung gegen Barbara Dürk. In dem Schreiben von Professor Puck hieß es unmißverständlich: „Meine Mitarbeiter haben mir jetzt überzeugend dargelegt, daß die im Technikum geforderte Tätigkeit eine Frau physisch überfordern würde." Die Ablehnung wurde offensichtlich geschlechtsspezifisch begründet. Das Kasseler Arbeitsgericht aber kam zu der Auffassung, der Professor habe glaubwürdig dargelegt, der eigentliche Ablehnungsgrund sei mangelnde Qualifikation von Barbara Dürk gewesen. Der Professor habe als Kavalier der alten Schule" das „Nein" nur „sanfter" gestaltet und deshalb die geschlechtsspezifische Begründung vorgebracht.

Als Kavaliersdelikt wird geschlechtsspezifische Diskriminierung hierzulande nach wie vor gehandhabt. Bei der ersten Klage, die zwei Sozialarbeiterinnen gegen das Land NRW, gestützt auf den §611a angestrengt hatten, kam das Landesarbeitsgericht Hamm zu folgendem Urteil: Es gab der Klage der beiden Frauen statt — und sprach ihnen Schadensersatz in Höhe von sage und schreibe 7,20 DM für Porto und Bewerbungskosten zu. Erst nach einem Spruch des Europäischen Gerichtshofs bequemte sich das Arbeitsgericht Hamm, den beiden Frauen je 21000 DM Schadensersatz zuzusprechen. Danach erreichte eine Hamburger Diplomkauffrau ein Arbeitsgerichtsurteil, das ihr gut 15000 DM Schadensersatz zusprach.

Barbara Dürk klagt auf Einstellung, ersatzweise 15000 DM Schadensersatz. Zum Verhandlungsbeginn in Frankfurt demonstrierten rund 50 Gewerkschafterinnen u. a. der IG Chemie und der GEW ihre Solidarität mit Barbara Dürk. Das Urteil steht noch aus.

Programma-Belegschaft siegt

Am Montag letzter Woche legte die IG Metall noch einmal eine Schüppe drauf: 1400 Metaller aus dem ganzen Bezirk standen vor der Gerstettener Firma Programma Streikposten, um die 35 streikenden Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen. Offensichtlich Grund genug, daß sich Hihg-Tech-Lobbyist Späth in die Vermittlungen einschaltete.

Im Laufe der Verhandlungen nahm Programma-Chef Röhlich die fristlosen Kündigungen gegen fünf Betriebsratsmitglieder und zwei Stellvertreter zurück. An diesem Punkt war zuletzt eine Einigung vor allem gescheitert. Der Betriebsrat verpflichtete sich seinerseits, im nächsten Vierteljahr eine Abstimmung in der Belegschaft darüber durchzuführen, ob der amtierende Betriebsrat noch das Vertrauen hat oder ob eine Neuwahl des Betriebsrats gefordert wird. Wenn 40 Prozent der Belegschaft in dieser Abstimmung eine Neuwahl fordern, soll eine Neuwahl des Betriebsrats durchgeführt werden, zu der auch die jetzigen Betriebsratsmitglieder normal kandidieren können.

Vereinbart wurde der Verzicht auf alle Maßregelungen seitens der Firma und die Rücknahme aller Anzeigen.

Der nun von der IG Metall mit Programma abgeschlossene Haustarif sieht vor, daß ab 1. Januar der volle Jahresurlaub gilt, daß ab 1. Juni die 38,5-Stunden-Woche eingeführt wird und die üblichen Leistungszulagen gelten. Die Programma-Belegschaft und die IG Metall haben damit nach fast achtwöchigem Arbeitskampf einen wichtigen Sieg errungen.

Krankenhaus-Konferenz

Die bereits mehrfach angekündigte Krankenhauskonferenz, die von unserer Partei, dem BWK, der GIM und anderen Organisationen des „Beilagenkreises" unterstützt wird, findet nun am 7.12. in Köln (Jugendgästehaus, An der Schanz) statt. Beginn ist 11.00 Uhr.

Lieber arbeitslos, als so behandelt werden

Seit drei Jahren arbeitet Susanne aus Duisburg bei Mc Donalds. Susanne ist verheiratet, hat einen Sohn im Vorschulalter und ist 1981 mit ihrer Familie nach Duisburg gezogen. Warum hat Susanne vor drei Jahren bei Mc Donalds angefangen, warum hat sie jetzt gekündigt, welche Erfahrungen hat sie in den dazwischen liegenden Jahren gemacht? Um diese und andere Fragen geht es in dem folgenden RM-Gespräch.

RM: Susanne, du hast jetzt bei Mc Donalds gekündigt. Warum?

Susanne: Weil mir die Arbeit da keinen Spaß macht, sie ist sehr unbefriedigend, langweilig und monoton. Die Arbeitsbedingungen sind schlecht. Es hat aber einige Zeit gedauert, bis ich mich dazu durchgerungen habe, zu kündigen. Auch aus finanziellen Gründen, 400 Mark sind 400 Mark. Ich habe ja auch nichts Neues in Aussicht.

RM: Warum hast du damals überhaupt bei Mc Donalds angefangen?

Susanne: Als wir damals nach Duisburg kamen, war ich arbeitslos. Ich habe versucht, Arbeit zu finden, aber das hat alles nicht geklappt ...

RM: Was bist du denn von Beruf?

Susanne: Ich bin Erzieherin und wollte gerne Teilzeit arbeiten, sechs Stunden wären mir sehr lieb gewesen, weil mein Sohn damals noch sehr klein war und ich noch keinen Tagesstättenplatz für ihn hatte. Es gab nur meine Oma, die schon ziemlich alt ist, der ich es nicht zumuten konnte, den ganzen Tag auf Benjamin aufzupassen.

RM: Hattest du dich beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet?

Susanne: Ja, ich war beim Arbeitsamt, die konnten mich aber nicht vermitteln. In insgesamt 1 1/2 Jahren ist mir nur eine einzige Stelle angeboten worden. Dafür war aber Bedingung, daß man ein Auto hatte. Das hatte ich aber nicht.

RM: Und wie bist du dann auf Mc Donalds gekommen?

Susanne: Über eine Anzeige. Angeboten wurde mir eine Stelle für 400 DM, also ein sogenanntes geringfügiges Beschäftigungsverhältnis. Das wollte ich eigentlich nicht. Aber ich habe je keine richtige Teilzeitarbeit gefunden. Deshalb habe ich mir gedacht, Hauptsache, du fängst erst mal wieder an zu arbeiten, es wird sich schon irgendwann mal was anderes finden. Diese Hoffnung hatte ich drei Jahre lang ...

RM: Was für Erwartungen hattest du denn, als du bei Mc Donalds angefangen hast? Mc Donalds ist ja, auch im Vergleich zu anderen Firmen, ziemlich verrufen.

Susanne: Am Anfang, als ich mich da vorgestellt habe, wußte ich überhaupt nicht, was läuft. Ich hatte keine Ahnung, und bei dem Vorstellungsgespräch wurde einem alles so richtig schmackhaft gemacht. Da wurde z. B. gesagt, ich könnte meine Verfügbarkeitszeiten selber angeben, also so arbeiten, wie es mir am besten passen würde. Und wenn ich krank würde oder mein Sohn, bräuchte ich nur anzurufen und die Sache wäre erledigt, ohne Krankenschein usw. Und das kam mir dann doch sehr gelegen.

RM: Und wie sahen dann die Arbeitsbedingungen tatsächlich aus?

Susanne: Ich hatte mir am Anfang vorgestellt, daß man in der Woche seine 15 Stunden macht, vielleicht so von 10.00 Uhr bis 14.00 Uhr, aber das war nie so. Man wurde eingeteilt, mal von 7.00 Uhr bis 11.00 Uhr, dann von 14.00 Uhr bis 19.00 Uhr. Das war immer ganz unterschiedlich. Dazu kam, daß man auch oft am Wochenende arbeiten mußte, und zwar samstags und sonntags. Außerdem mußte man oft auch sehr lange Schichten arbeiten, z. B. acht Stunden, also wie bei einem normalen Arbeitstag, was ich ja eigentlich gerade nicht gewollt hatte.

RM: Und die Arbeit selber? Was mußtest du denn da machen?

Susanne: Am Anfang mußte ich nur saubermachen. Mir wurde gesagt, solange das Gesundheitszeugnis nicht da sei, könnte man mich in der Küche nicht einsetzen. Das hat mir am Anfang auch eingeleuchtet. Ich habe dann aber festgestellt, daß das bei Männern nicht so war, sondern daß die sofort in die Küche kamen und so gut wie nie saubermachen mußten. Zum Saubermachen gehörte alles: Tische abräumen, Toiletten saubermachen, fegen, aufwischen, wenn was umgekippt war, die Müllbeutel in den Keller tragen usw. Das war oft eine ziemliche Hetze, weil es ja zum Image des Hauses gehört, daß ständig alles ganz sauber ist.

RM: Und was hast du dann gemacht?

Susanne: Dann war ich in der Küche. Da werden an verschiedenen Stationen die Produkte gefertigt. Alles vollautomatisch. Das Schlimme in der Küche ist, daß es ständig piept, also wenn die Brötchen heiß sind, die Pommes frites braun usw. Und wenn es piept, mußt du immer sofort zur Stelle sein. Es ist aber am Anfang gar nicht so einfach, die verschiedenen Pieptöne zu unterscheiden. In der ersten Zeit hatte ich nachts Alpträume davon.

Außerdem ist es in der Küche furchtbar heiß. Man darf zwar was trinken, aus einem extra Automaten mit besonders billiger Limo, aber nur wenn Zeit ist. Zeit ist aber praktisch nie. Außerdem läuft man ständig Gefahr, sich zu verbrennen, weil die Geräte sehr heiß sind, es keine Handschuhe oder ähnliches gibt und auf engstem Raum die Leute ständig in Eile sind. Oft werden auch die Pausen nicht eingehalten.

RM: Hast du mal versucht, etwas gegen diese Dinge zu unternehmen?

Susanne: Ja, ich habe mich mit der Gewerkschaft in Verbindung gesetzt. Vor allem deshalb, weil die Pausen nicht eingehalten wurden, weil man dauernd länger arbeiten mußte. Das ging mir gegen den Strich. Bei der Gewerkschaft ...

RM: Das ist die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, nicht?

Susanne: Ja. Die haben mir gesagt, wir sollten einen Betriebsrat wählen, sie würden mir dabei helfen. Ich bin dann noch mehrmals hingegangen, auch deshalb, um mich selbst etwas zu informieren, weil ich ja von Betriebsratsarbeit keine Ahnung hatte. Ich habe dann auch zwei, drei Kolleginnen überreden können, mitzumachen. Aber die Kolleginnen haben dann irgendwann gekündigt und schließlich ist alles im Sande verlaufen.

RM: Gab es nicht mal eine gewerkschaftliche Aktion gegen Mc Donalds?

Susanne: Ja, im April wurden Flugblätter verteilt. Unsere Filiale hat daraufhin ein Schreiben an die Kunden verteilt, in dem es hieß, daß die erhobenen Vorwürfe für uns nicht zutreffen, weil wir ein Familienunternehmen sind usw. Ich bin mit diesem Schreiben zur Gewerkschaft gegangen, weil ich wollte, daß darauf irgendwie reagiert wird. Aber es passierte nichts. Es wurde auch sonst nichts weiter unternommen, obwohl unser Chef sich bereiterklärt hatte, mit einem Vertreter der Gewerkschaft zu sprechen.

RM: Warum, glaubst du, hat die Gewerkschaft so wenig Interesse, da was zu machen?

Susanne: Da ist nicht viel drin für die Gewerkschaft. Viele wollen ja nicht lange bleiben, viele machen das auch neben der Schule oder dem Studium, und ich glaube nicht, daß bei denen ein großes Interesse besteht, in die Gewerkschaft einzutreten.

RM: Wie viele arbeiten überhaupt bei euch?

Susanne: Ungefähr 50. Daß es so viele sind, habe ich aber auch erst nach und nach gemerkt, weil die meisten so wie ich nur für 400 DM arbeiten. Man sieht sich kaum.

RM: Diese geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse haben ja große Nachteile ...

Susanne: Ja, man bekommt kein Weihnachtsgeld, hat praktisch keine Rechte und bekommt auch keine Lohnfortzahlung, wenn man krank ist. Es ist zwar so, daß Leute, die mindestens 10 Stunden in der Woche arbeiten, an sich Anspruch darauf haben, aber ich habe das mal probiert und gar nichts bekommen.

RM: Hier versucht ja z. B. die IG Bau Steine Erden schon seit Jahren was zu machen, unter anderem dafür, daß auch Frauen mit geringfügiger Beschäftigung sozialversichert sind. Gibt es in der NGG auch solche Aktivitäten?

Susanne: Nein.

RM: Wie ist es eigentlich mit dem Lohn bei Mc Donalds?

Susanne: Es bekommen alle denselbem Anfangslohn — 6,45 DM. Für das Geld müssen wir aber auch alles machen, morgens und abends putzen, auch die Fenster werden von uns selbst geputzt. Einige Frauen bügeln nur und machen die Wäsche. Nach einem halben Jahr kann man 20 Pfennig mehr bekommen. Aber das muß man beantragen und afür so eine Art hausinterne Prüfung ablegen. Es gibt dann noch zwei Lohnstufen, und dann ist Schluß.

RM: Günter Wallraff hat in seinem Buch „Ganz unten" ja auch über Mc Donalds geschrieben. Stimmt das? Ist man bei Mc Donalds „ganz unten"?

Susanne: Ja, vor allem durch die Art, wie man da behandelt wird. Wegen jeder Kleinigkeit muß man den Schichtführer fragen: kann ich auf die Toilette gehen, kann ich jetzt Pause machen, kann ich jetzt Feierabend machen usw. Im Grunde genommen muß man um das, was einem zusteht, betteln. Wenn man zum Beispiel eigentlich um 16.00 Uhr Feierabend hat, dann kann man nicht einfach nach Hause gehen, sondern muß zum Schichtführer hingehen und fragen. Wenn der „nein" sagt, weil vielleicht die Ablösung noch nicht da ist, muß man bleiben.

Es wird auch alles aufgeschrieben, in einem dicken Buch, das offiziell gar nicht existiert. Da wird eingetragen, wer zu spät kommt, wer krank ist, aber auch, wenn jemand vielleicht mal was gesagt hat usw. Was eingetragen wird, erfahren wir nie, höchstens dann, wenn eine Abmahnung kommt, zum Beispiel, weil man heimlich auf der Toilette war. Dieses Buch wird von den Schichtführern täglich geführt.

RM: Und wie ist es mit Kündigungen?

Susanne: Eine Kollegin ist zum Beispiel wegen einer halben Scheibe Käse gekündigt worden. Wenn Pause ist, darf man sich etwas zu essen nehmen, aber nur die Produkte, so wie sie sind, das wird dann auf die Stempelkarte genommen und hinterher vom Lohn abgezogen, wobei 1,50 DM pro Tag frei sind. Die Kollegin hatte nur auf einen Fischmac statt einer halben Käse eine ganze Scheibe gelegt. Das wurde kontrolliert, fiel auf und die Kollegin wurde sofort gekündigt — wegen Diebstahl, wie uns gesagt wurde. Es ist auch verboten, sich eine Scheibe Gurke oder ein paar Pommes frites in den Mund zu stecken.

RM: Was würdest du denn jetzt nach diesen drei Jahren Frauen raten, die Arbeit suchen. Sollen sie bei Mc Donalds anfangen oder sollen sie es besser bleiben lassen?

Susanne: Das ist schwierig. Von meinem Gefühl her würde ich lieber sagen: Laßt es bleiben. Aber ich kann es auch gut verstehen, wenn jemand sagt, lieber diese Arbeit und ein bißchen Geld verdienen als zu Hause bleiben. Vor allem, wenn es sonst gar keine andere Möglichkeit gibt.

Bei Mc Donalds sind ja auch viele Frauen, die lange Zeit Hausfrau waren und keine Chance haben, wieder in ihren Beruf reinzukommen, zum Teil auch Frauen, die Kinder zu Hause haben, und wo die Männer zu Hause vielleicht auch sagen, den ganzen Tag arbeiten, geht nicht, wer soll sich dann um den Haushalt kümmern? Viele, die heute bei Mc Donalds sind, haben eigentlich was anderes gesucht, so wie ich. Eine Kollegin zum Beispiel ist eigentlich Verkäuferin, die hat vorher die halbe Stadt abgeklappert, um eine Stelle zu finden und bekommen. Was sollte sie machen?

RM: Und was willst du jetzt machen?

Susanne: Das weiß ich nicht, ich habe ja nichts anderes. Also bin ich erst mal wieder arbeitslos ...



Aktion von Gebäudereinigerinnen der IGBSE bei der DGB-Frauenkonferenz in NRW 1981

Volksabstimmung für Ausländerwahlrecht?

Die Grünen in Hessen haben angekündigt, daß sie jetzt für die Durchsetzung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer aktiv werden wollen. Ihre Vorstellungen sehen ungefähr so aus: der Artikel 73 der hessischen Verfassung, der das Wahlrecht regelt, sowie die hessische Gemeindeordnung sollen so abgeändert werden, daß auch in Hessen lebende Ausländer das aktive und passive kommunale Wahlrecht erhalten. Um das zu erreichen, ist zunächst eine Entscheidung des Landtages nötig. Anschließend müßte eine Volksabstimmung diese Verfassungsänderung mehrheitlich unterstützen. Nach den Vorstellungen der Grünen soll diese Volksabstimmung zusammen mit der nächsten Landtagswahl im Herbst 1987 stattfinden.

Ob es allerdings dazu kommt, ist im Moment noch sehr fraglich. Denn der SPD-Bezirk Hessen-Süd hat sich zwar schon vor einiger Zeit für das kommunale Wahlrecht für Ausländer ausgesprochen. Die SPD insgesamt steht dem Vorhaben der Grünen aber ausgesprochen reserviert gegenüber.

Frankfurter Appell

Ausländerpolitische Konferenz „Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche"

23./24.11.1985 in Frankfurt



Mit dabei in Frankfurt: die 'ran-Redaktion

Samstag, 23.11.'85:
ab 10.00 Uhr Arbeitsgruppen um 20.00 Uhr Abendveranstaltung: „Asylrecht und Rassismus"

Sonntag, 24.11.'85:
ab 10.00 Uhr Plenum

Folgende Arbeitsgruppen sind vorgesehen:

- AG Ausländerbeirat mit: Referenten aus den Ausländerbeiräten in Kassel, Wiesbaden, dem Geschäftsführer der AG Ausländerbeiräte Hessen, dem Vorsitzenden der Griechischen Gemeinde, Frauke Postel von der AL Westberlin u.a.
- AG Doppelte Staatsbürgerschaft mit: Prof. Rainer Roth, H. Heinzel von der Zeitschrift „Die Brücke", Prof. I. Haller, Türkische Gemeinde Berlin, IAF u.a.
- AG Kommunales Wahlrecht mit: Prof. M. Zuleeg, D. Lohse, Betroffenen aus Frankreich und den Niederlanden u.a.
- AG Niederlassungsrecht mit: Prof. K. Dohse, M. Tolalli von den Grünen, G. Witt, H. Rosen, Th. Schroer von der SPD u.a.
- AG Frauen, vorbereitet von der Deutsch-Ausländischen Frauenkoordination
- AG Asyl mit: RA Reckling, F. Geiger von der Gesellschaft für bedrohte Völker u.a.

AG Gewerkschaften und Ausländerpolitik mit: H. Güntas, K. Dimakopoulos, Prof. Karam Khella u.a.

Anmeldung erwünscht. Genauere Informationen sind erhältlich beim **RM-Verlag, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.**

FRANKFURTER APPELL
Ausländerpolitische Konferenz
»Gleich
Rechte
für
Ausländer
und
Deutsche«
Asylrecht und Rassismus

41 Jahre nach der Ermordung Thälmanns

Endlich Prozeß gegen seinen Mörder

Vor dem Landgericht Krefeld hat jetzt endlich, nach jahrzehntelanger Verschleppung, der Prozeß gegen den Mörder Ernst Thälmanns begonnen. Angeklagt ist Wolfgang Otto, sechs Jahre lang KZ-Wächter in Buchenwald, seit 1969 pensionierter Lehrer. Nebenklägerin ist die in der DDR lebende Tochter Ernst Thälmanns.

Bereits seit 1947 ist bekannt, daß Wolfgang Otto am 18.8.1944 Ernst Thälmann auf allerhöchsten Befehl hin ermordete. Dazu Emil Carlebach, ebenfalls Häftling im KZ Buchenwald und heute Vorsitzender der VVN: „Ich wurde im Frühjahr 1947 als ehemaliger Häftling des KZ Buchenwald zum amerikanischen Militärgericht bestellt, um auszusagen. Dort traf ich auch den polnischen Häftling Marian Zgoda, der mir von der Ermordung Thälmanns berichtete. Er hatte, versteckt hinter einem Schlackehaufen beobachten können, wie Thälmann nach seinem Eintreffen am 18. August 1944 in Buchenwald von SS-Leuten ins Haus gedrängt wurde. Kurz danach seien vier Schüsse gefallen. Später habe er einen der beteiligten SS-Leute, den SS-Stabsführer Otto, belauschen können, der einen anderen aufklärte: ‚Das war der Kommunistenführer Thälmann'" Diese Aussage von Zgoda wurde am 22.4.47 in der „Frankfurter Rundschau" veröffentlicht. 1948 gab Zgoda sie vor dem Amtsrichter Pückert in München zu Protokoll. Aber es passierte gar nichts. Genauso verstaubte die Aussage eines anderen Zeugen, des Häftlings Heinrich Rohde, in den Akten, der am Morgen nach der Geheim-Aktion eine ausgeglühte Taschenuhr und Schuhe mit den Initialen Thälmanns gefunden hatte.



Ernst Thälmann auf dem Gefängnishof

1962, als durch private Ermittlungen der Wohnsitz Ottos bekanntgeworden war, erstattete Rosa Thälmann zum ersten Mal Anzeige. Die Ermittlungen wurden nach zwei Jahren eingestellt — „Mangels Beweisen." Siebenmal wurde Beschwerde eingelegt, siebenmal wurde die Beschwerde abgelehnt. Die Begründungen waren jedes Mal haarsträubend. An Zynismus aber wirklich nicht mehr zu übertreffen, war die Begründung, in der es hieß, daß Thälmann im strafrechtlichen Sinne gar nicht ermordet worden sei, weil es z.B. am Mordmerkmal der Heimtücke gefehlt habe, da Thälmann nicht arglos gewesen sei, als er in das KZ Buchenwald gebracht worden sei, sondern gewußt haben müsse, daß er umgebracht werden solle.

Erst am 25.1.85 fand sich ein Gericht, das die Eröffnung einer Hauptverhandlung gegen Wolfgang Otto zulassen wollte. Und so kann nun endlich der Prozeß gegen Thälmanns Mörder stattfinden. Die beiden Hauptbelastungszeugen sind allerdings inzwischen gestorben

Ein Mörder mit Staatspension



Wolfgang Otto

1947 meldete die „Frankfurter Rundschau" zum ersten Mal, daß nach Aussagen eines polnischen Augenzeugen Ernst Thälmann durch den damaligen Unterscharführer Wolfgang Otto im KZ Buchenwald erschossen worden sei.

Otto, der 1945 noch Leiter des Exekutionskommandos 99 geworden und unter anderem auch an der Ermordung von 8000 Sowjetischen Kriegsgefangenen beteiligt war, befand sich zu diesem Zeitpunkt im Gefängnis. Als einer von 31 Angeklagten im sogenannten Buchenwaldprozeß vor dem Obersten amerikanischem Militärgericht war er zu 20 Jahren Haft verurteilt worden.

1952 wurde Otto aber bereits wieder aus dem Kriegsverbrechergefängnis Landsberg entlassen. 1954 übte er bereits wieder seinen alten Beruf aus und unterrichtete Kinder in Religion und Musik. Und dabei wäre es wahrscheinlich auch geblieben, wenn es Antifaschisten nicht 1962 gelungen wäre, den Wohnsitz Ottos ausfindig zu machen.

Es wird Anzeige gegen Otto erstattet. Zunächst rührt sich gar nichts. Erst auf Grund weltweiter Proteste wird Otto suspendiert. Er klagt dagegen, bekommt 1965 Recht. Das Land NRW, Ottos Dienstherr, schlägt vor, den Rechtsstreit durch einen Vergleich zu beenden: Otto soll vorzeitig aus dem Dienst ausscheiden, das **Land NRW zahlt ihm dafür** eine Pension. 1969 wird der Handel perfekt. Otto hört auf zu unterrichten und bekommt dafür eine Pension, deren Bemessungsgrundlage seine Bezüge von 1937 - 1951 sind, einschließlich der sechs Jahre also, die Otto als KZ-Wächter in Buchenwald verbrachte! 1700 DM im Monat.

„Niemals einen Zweifel gehabt..."

Dr. Hans Mittelbach hatte, im Unterschied zu Wolfgang Otto, niemals einen Prozeß zu befürchten. Es wurde zwar einmal Anzeige gegen ihn erstattet, aber zu Ermittlungen oder gar einer Anklageerhebung kam es nie. Warum auch? Schließlich hat Dr. Mittelbach, damals Staatsanwaltschaftsrat, ja „nur" den Haftbefehl gegen Thälmann unterschrieben.

Thälmann wurde elf Jahre später ermordet. Dr. Mittelbach machte Karriere — zunächst bei den Nazis, dann im bundesrepublikanischen Justizapparat. Leo P. Ard machte Anfang des Monats ein Interview mit Mittelbach, das in der „Deutschen Volkszeitung/ die tat" veröffentlicht wurde. Hier einige Auszüge:

„Frage: Sie haben am 6. März 1933 den Haftbefehl gegen Ernst Thälmann unterschrieben. Können Sie sich noch erinnern, warum?

Dr. Mittelbach: Da war diese Verordnung, mit der die Grundrechte aufgehoben worden sind, zum Schutz für Volk und Staat, oder ähnlich. Uns wurden Listen vorgelegt von Leuten, die irgendwo aufgegriffen wurden, und dann wurde man gefragt, ob man einen Haftbefehl erläßt. Ich hatte niemals Zweifel gehabt. Auch später nicht. Manches würde man heute vielleicht anders machen. Aber ich hatte niemals einen Zweifel gehabt, gegen den Leiter der KPD und den Chef des Rot-Front-Kämpferbundes wegen Gefährdung der Republik einen Haftbefehl zu erlassen. Würde ich heute noch nicht haben. Ich würde heute noch die Kommunisten alle in Haft nehmen.

...

Frage: Was haben Sie denn nach 1933 gemacht?

Mittelbach: Ich bin noch Landgerichtsdirektor in Berlin geworden. Das war noch vor dem Krieg. Von 1943 bis 1945 war ich Soldat. Nach dem Krieg bin ich beim Zentraljustizamt in Hamburg gewesen, von da bin ich zum Oberlandesgericht nach Köln gekommen. 1965 habe ich mich pensionieren lassen und war dann im Büro meines Sohnes tätig, der Rechtsanwalt ist.

...

Frage: Sie waren bei einem Entnazifizierungsausschuß?

Mittelbach: Ich war Leiter der Rechtsabteilung beim Generalinspekteur für die Spruchgerichte."

Bleibt noch anzumerken, daß 1962 die Anzeige der Witwe Thälmanns gegen Hans Otto vom gleichen Oberlandesgericht Köln abgelehnt wurde, bei dem zu der Zeit auch Mittelbach tätig war. Bleibt weiter anzumerken, daß Mittelbach heute mit einigen tausend Mark Pension seinen Lebendsabend genießt.

Verbot bestätigt

Das Verbot, das „kulturelle Beiprogramm zu 30 Jahren Bundeswehr" in Bitburg und Bergen-Belsen aufzuführen, bleibt nach einem Spruch des 1. Senats des Bundesverfassungsgerichts aufrecht. Dieses „Beiprogramm" sah die Ausgrabung des Soldaten des 1. Weltkrieges (in Verdun), des 2. Weltkrieges (in Bitburg) und „dessen" Teilnahme an der Militärparade in Bergen-Belsen am Mittwoch, dem 13. November, vor.

Das Brecht Gedicht „Die Legende vom toten Soldaten" sollte dazu an den verschiedenen Orten von Ernst Busch, Hanne Hiob und einem Kind vorgetragen und nachgespielt werden.

In Brechts Gedicht heißt es:

Und als der Krieg im vierten Lenz /keine Aussicht auf Frieden bot /Da zog der Soldat die Konsequenz /Und starb den Heldentod /Der Krieg war aber noch nicht gar / Drum tat es dem Kaiser leid /Daß sein Soldat gestorben war: Es schien ihm noch vor der Zeit.



Im weiteren wird dann erzählt, wie der Tote wieder ausgegraben wird und zur Demonstration des Kriegswillens benutzt unter Beteiligung von Ärzten, Pfaffen und Spießern — ein scharfes antimilitaristisches Werk und von daher durchaus eine passende „Ergänzung" zu den geplanten Jubelfeiern für die Bundeswehr. Aber da auch schon das ehemalige KZ Bergen-Belsen Sperrzone für die Truppenschau der Wörner, Altenburg und Konsorten ist, ist es nur von makabrer Konsequenz, wenn eine solche Aufführung verboten werden soll.

Das Redaktionskollektiv „Kämpfende Jugend" (München), das die Organisierung der Aktion übernommen hat, schreibt in seinem Begleitbrief unter anderem:

„Wir wollen keine Friedhofsruhe, wir wollen Frieden. Die Erfahrungen von denen, für die es zu spät ist, die Erfahrung von Faschismus und Krieg, wir vergessen sie nicht, wir graben sie aus!"

Das größte Militärspektakel der BRD

Die größte Militärschau der Geschichte der BRD findet in diesen Tagen statt — auch über „alle deutschen Sender". Rund 700 Veranstaltungen sind es, darunter drei zentrale in Bonn und Bergen-Hohne, die zum 30. Jahrestag der Gründung der Bundeswehr als Jubelfeste organisiert werden.

Es wird ein Aufmarsch mit Dschingderassabum wie einst im Reich (im Dritten). Ein Aufmarsch, bei dem die gegenwärtige Regierung demonstrieren will, daß sie es, trotz aller Anstrengungen der SPD-Rechten, mit der Bundeswehr von Natur aus besser kann. Nicht umsonst werden mindestens 90 Prozent der Offiziere zu den politischen Anhängern der Wenderegierung gerechnet. Die Quintessenz des ganzen Militaristenspektakels wird in den Tagen danach im neuen, Wörnerschen, Traditionserlaß ans Tageslicht treten. Für einen Wörner gibt es keinen Grund, die Tradition der Bundeswehr, die Wehrmacht eben, zu verschweigen. Den Entwurf seines neuen Erlasses haben denn auch reaktionärste Kreise aus der Militär-Camarilla maßgeblich mitgeprägt. Was seit Wörners Amtsantritt unter dem Schlagwort „kriegsnahe Ausbildung" verwirklicht wird, soll nun offiziell das gesamte Innenleben der Bundeswehr prägen: Der Drill, der preußische Kadavergehorsam, die markigreaktionäre Indoktrinatiion. Endlich können die Offiziere ihre Gesinnung ungebremst an den Tag bringen, ist keine Beherrschung mehr verlangt.

Diese verstärkt reaktionäre Ausrichtung der Bundeswehr, die einst von Hans Apel begonnen wurde, soll mit diesem Spektakel und dem Traditionserlaß zur offiziellen Ausbildungsdoktrin werden, die längst Makulaturreife These vom angeblichen Staatsbürger in Uniform auch offiziell und öffentlich ad acta gelegt werden.

Natürlich ist eine solche Neudarstellung kein bloßer Selbstzweck — obwohl die politische Bedeutung einer solchen Neudarstellung im Sinne eines reaktionären Vorstoßes nicht unterschätzt werden darf. Die ganzen Ereignisse rund um die sogenannte Kießling-Affäre haben das dezeigt und dort gab es erstmalig eindeutige entsprechende Vorstöße des Offizierskorps.

Der Zusammenhang ist eindeutig: Wörners Leitlinie der Bundeswehr, die Verlängerung der Wehrdienstzeit (siehe dazu Auszüge aus einem KJD-Flugblatt auf dieser Seite) und die konkret vorliegenden Aufrüstungspläne für die Bundeswehr .

Damit soll etwas erreicht werden und dafür muß die Bundeswehr noch reaktionärer durchorganisiert werden als bisher bereits.

Der Start zu alldem, der öffentliche: Das ist die grandiose Militärshow dieser Tage ge, die das ganze Militaristenarsenal umfaßt: Truppenparaden, Kriegstechnik-Demonstration, Fahnen, Blech, Lametta, vaterländische Reden und, als Kern, die Darstellung „einer der besten Armeen dieser Welt" wie es im Wörnerschen Originalton selbstbewußt aggressiv heißt.



Alle diese Veranstaltungen sind durch massive Aufgebote, durch weiträumige Absperrungen und zahllose Verbote vor öffentlichem Protest geschützt. Es soll rigoros verhindert werden, daß irgendwelche kritischen Töne das Militaristenfestival stören. Das war bereits bei den bisher stattgefundenen „Vorfeldfeiern" so gewesen, bei denen es eine ganze Reihe von Widerstandsaktionen gab, gegen die neben der Gewalt auch noch eine regelrechte Propagandaflut entfesselt wurde.

Beide Fernsehanstalten haben für ihre umfassende Berichterstattung — der nationale Schmus wurde ja bereits mit der Fernsehshow um die „D 1"-Mission kräftig vorbereitet — ihre bei der Generalität angesehensten Hofberichterstatter benannt, so daß auch hier dafür gesorgt sein wird, daß kein kritisches Wort zu hören ist.

Daß bisher noch kein Appell erging, alle Fernsehzuschauer sollten schwarz-rotgoldene Fahnen vor ihren Apparaten schwenken, ist ungefähr das einzige, was noch an entsprechenden Aufrufen von Seiten der Reaktion fehlt.

Da paßt es ins Bild, wenn zur gleichen Zeit die Aufführung von Bertolt Brechts „Legende vom Soldaten" verboten wird und das BVG dieses Verbot sanktioniert.

Länger dient keiner — macht die Bundeswehr kleiner

Der folgende Artikel zur Wehrdienstzeitverlängerung ist Teil eines gemeinsamen Flugblatts der KJD und der Roten Maulwürfe, das aus Anlaß des 30. Jahrestags der Gründung der Bundeswehr erschien.



Wörner hat sich durchgesetzt: Der Wehrdienst soll ab 1989 auf 18 Monate verlängert werden.

Die Wehrdienstverlängerung gehört zu einem Gesamtpaket von „Langzeitmaßnahmen", die im Bundeskabinett zur angeblichen „Personalsicherung" der Bundeswehr beschlossen wurden. Zu diesem Paket gehört: W 18 = 42000 Soldaten, Verschärfung der Tauglichkeitsanforderungen (das heißt bisher Untaugliche werden gezogen) = 12000 Soldaten, Abbau von Einberufungshindernissen (z. B. auch Verheiratete werden gezogen) = 6000 Soldaten, Katastrophen- und Zivilschutz befreien nicht mehr vom Bund = 9000 Soldaten. Macht zusammen 69000 Soldaten, die, so Wörner, in den 90er Jahren benötigt werden, um die angebliche Personallücke zu schließen.

Gibt es diese Personallücke durch Pillenknick tatsächlich, oder werden hier wieder Zahlengespenster an die Wand gemalt? Fakt ist, es gab und gibt geburtenschwache Jahrgänge. Doch selbst wenn der Tiefpunkt erreicht ist, werden es immer noch 250000 männliche Jugendliche im wehrpflichtigen Alter sein, von denen die Bundeswehr 195000 benötigt. Wörner argumentiert jetzt so: 195000 werden benötigt, 68000 verweigern den Kriegsdienst und 50000 bilden die Einplanungsreserve (Leute, die zurückgestellt werden usw.). Das macht zusammen 313000, es werden aber nur 250000 da sein, fehlen also 63000...

Was Wörner bewußt verschweigt, ist, daß dies keine absoluten für immer feststehenden Zahlen sind. Zum Beispiel die Zahl der Kriegsdienstverweigerer. Wörners 63000 stammen noch aus der Zeit vor der Verschärfung des Zivildienstgesetzes. Seit dieser Abschreckungsmaßnahme sanken aber die Zahlen. 1984 gab es nur noch 43875 KDV-Anträge, von denen bekanntlich keineswegs alle anerkannt werden.

Zweifel an Wörners Zahlen sind also berechtigt. Und auch die Bundeswehrgeneräle rechtfertigen die Wehrdienstverlängerung keineswegs nur mit der Personallücke, sie wollen auch eine „Stärkung der Einsatzbereitschaft". Sprich: Drei Monate mehr, um durch Drill Soldaten gefügiger zu machen. „Die Verwirklichung dieser Maßnahme bringt für die Streitkräfte überwiegend Vorteile: die Ausbildung wird kostenwirksamer, der einzelne Mann kann intensiver ausgebildet werden, die Einsatzbereitschaft wird erhöht." (Die Generäle im Bericht der Langzeitkommission)

Viel wichtiger als der Streit darüber, ob eine Personallücke dieser Größenordnung besteht, ist die Debatte über die Sollstärke der Bundeswehr. Zur Zeit zählt die Bundeswehr 495000 Soldaten. Wieso muß diese Zahl eingehalten werden? Wieso wird die Bundeswehr nicht verkleinert? „Wenn die Zahl der Wehrpflichtigen nicht ausreicht, eine Kaserne zu füllen, dann sollten sie die Kaserne schließen, statt die Wehrpflichtigen zusätzliche drei Monate darin festzuhalten", das hat, man lese und staune, Hamburgs Schulsenator Joist Grolle (SPD) gesagt. In dieser Haltung kann man ihn nur unterstützen.

Tatsache ist: die Sollstärke von 495000 ist der Wunsch der NATO, sprich der USA, aber keineswegs Vertragsverpflichtung. Die USA, Kanada und England haben als NATO-Staaten keine Wehrpflichts-, sondern Berufsarmeen. Nur in den NATO-Staaten Griechenland und Türkei ist der Wehrdienst länger als 18 Monate. Dänemark kommt mit 9 Monaten aus, Belgien mit 10 Monaten, Frankreich mit 12 Monaten. Auch in der Bundesrepublik betrug die Wehrdienstzeit zunächst nur 12 Monate. Sie wurde dann auf 18 Monate verlängert und 1973 auf 15 Monate gesenkt. — Die Frage: Verkleinerung der Bundeswehr oder Verlängerung des Wehrdienstes, ist eine Frage des politischen Willens. Die Bonner Rechtsregierung hat mit ihrer Entscheidung einmal mehr bekundet, daß ihre Politik sich frontal gegen die Interessen der Jugendlichen richtet. Wenn wir nicht wollen, daß die Bundeswehr uns drei Monate mehr von unserem Leben klaut, dann müssen wir uns jetzt zur Wehr setzen! — Länger dient keiner! Macht die Bundeswehr kleiner!

SPD feiert Bundeswehr

In festlichem Rahmen, mit geladenen Gästen, ehemaligen Bereichsministern, Blumen und Brandt-Rede beging die SPD den 30. Jahrestag der Gründung der Bundeswehr. Der Inhalt von Brandts Rede: Ungefähr so, als wäre er Vorsitzender des Bundeswehr-Fanclubs.

Kein Wort davon, wie es überhaupt zur Gründung dieser Bundeswehr kam, geschweige denn von der damals von der SPD — zumindest öffentlich — vertretenen Position.

Auch kein Wort davon, wie sich diese Bundeswehr entwickelt hat, aufgebaut von den früheren Nazi-Generalen, bis zum altersmäßig bedingten Ausscheiden stets von ihnen durchsetzt. Aber mit genügend im entsprechenden Geist erzogenen Nachfolgern. Nichts zu verschiedenen Affären aus dieser Ecke.

Und kein Wort — konkret — zur Rolle der Bundeswehr in den Auseinandersetzungen um die Aufrüstung und alles, was damit zusammenhängt. Stattdessen: Ein rundherum dickes Lob für die Bundeswehr als Garant des Friedens, als Ausdruck des Friedenswillens gar und ähnliches. Mit anderen Worten: Der SPD-Führung ging es offensichtlich darum, sich der Bundeswehr-Generalität anzubiedern, zu unterstreichen, daß etwaige Bundeswehr-Kritiker aus ihren Reihen nur Abweichler sein können, die Parteipolitik eine andere ist. Und es ging ihr natürlich auch und erst recht darum, dem Kapital zu beweisen, daß die SPD an diesem Eckpfeiler des Staatsgebildes Bundesrepublik Deutschland nicht im entferntesten zu rütteln gedenkt.

Entsprechend staatstragend war denn auch die ganze Aufmachung der Jubelveranstaltung, ihr Ablauf und äußerer Rahmen. Es war eine Veranstaltung ganz im Rahmen jener Politik, wie sie mit Apels Traditionserlaß eingeschlagen worden war, Blech und Lametta für die Militaristen, Lob dafür, daß sie sich bisher noch keine größere Rolle angemaßt haben — eine Feierstunde nicht nur für die bewaffnete Macht der Reaktion, des Kapitals, sondern auch für einen Hort der Reaktion. Das ganze garniert mit einem Friedensnobelpreis.

Griechenland vor Generalstreik

Andreas Papandreou, Griechenlands Ministerpräsident, der sich so gern als „Sozialist" feiern läßt, hat mit seiner neuen Wirtschaftspolitik nach den letzten Wahlen die Maske fallen lassen. Mit einem staatlichen Sparprogramm und anderen Maßnahmen verfolgt er eine Politik, wie sie hier die Wenderegierung betreibt. Neben einer enormen Verminderung staatlicher Ausgaben, die der Masse der Bevölkerung zugute kamen, setzte er einen Lohn- und Gehaltsstopp für zwei Jahre durch, die Drachme wurde um 15 Prozent abgewertet. Offen spricht Papandreou davon, er verfolge „eine konservativere Wirtschaftspolitik als in den Jahren zuvor."

Nur —, die Leute wollen ihm nicht so recht folgen. Streiks und Demonstrationen häufen sich und auch die Gewerkschaften beginnen sich gegen die Politik des „sozialistischen" Präsidenten zu wehren. Zunächst wurden fünf Gewerkschafter der mächtigen Gewerkschaft GSEE, die den Kurs Papandreous und der PASOK-Partei kritisierten, gefeuert. Darüber kam es aber zu größeren Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaft, die zu neuen Mehrheitsverhältnissen geführt hat: Im 45köpfigen Gewerkschaftsvorstand haben nicht mehr regierungstreue Funktionäre die **Oberhand, sondern ein** Bündnis von nicht-regierungstreuen sozialistischen PASOK-Vertretern und Kommunisten. Erste Tat der neuen Mehrheit: sie setzte den regierungstreuen GSEE-Vorsitzenden Giorgios Raftopoulos ab und rief für Donnerstag, den 14. November, zu einem Generalstreik gegen Papandreous Sparprogramm auf.

Schülerproteste in Italien

Über eine halbe Million Schüler haben in rund 130 Städten Italiens für eine „bessere Schule" demonstriert. In den großen Städten waren es rund 300 000 Schüler, die anderen demonstrierten auch in den entlegensten Orten. Konkreter Anlaß dieser massiven Proteste war ein Gesetzentwurf der Regierung, der eine höhere Eigenbeteiligung der Schüler und Studenten fordert. Das hieße, mehr Geld auszugeben für Schulbücher, und Studiengebühren. Die Demonstranten verlangten auch bessere Lernmittel und Lehrer und mehr Unterrichtsräume. Die neue Schülerbewegung in Italien hat für den 16. November eine zentrale Demonstration in Rom angesagt.

Ausländerfeindlichkeit in der Schweiz

Ein skandalöser Abschiebefall in der Schweiz hat ein Schlaglicht auf die enorme Ausländerfeindlichkeit in der Alpenrepublik geworfen, die sich so gern als demokratisches und traditionell freiheitliches Land darstellt.

59 Asylbewerber aus Zaire wurden in einer Nacht- und Nebelaktion der Polizei in Ketten gelegt und mit einem Großraumflugzeug abgeschoben. Abgeschoben in ein ungewisses Schicksal — vielleicht sogar in den Tod.

Die 59 aus Zaire stammenden Asylsuchenden waren nach Presseberichten unter menschenunwürdigen Umständen abgeschoben worden. **Die Polizeiaktion unter dem** Namen „Schwarzer Herbst" ist auch in der schweizerischen Presse scharf kritisiert worden. Die Asylsuchenden waren auch im Flugzeug, wo sie von 120 Polizisten begleitet wurden, noch angekettet. Zu Meldungen, daß es zu Mißhandlungen gekommen ist, hieß es in einer Erklärung der Polizeibehörden der Kantone Genf, Tessin und Zürich lapidar, es sei *„in Einzelfällen zu Zwangsmaßnahmen gekommen"*.

Schlimme Meldungen gibt es aus Kinshasa, der Hauptstadt von Zaire, wohin die Asylsuchenden mit der Polizeibegleitung in einem eigens gecharterten Großraumjet abgeschoben wurden.

Die Genfer Zeitung „La Suisse", die sich auf oppositionelle Kreise aus Zaire, sowie auf Informationen aus der Umgebung des Präsidenten Mobuto beruft, berichtete am vergangenen Sonntag folgendes. 15 der Abgeschobenen wurden direkt vom Flughafen ins Gefängnis Ekafela gebracht, wo sie gefoltert worden seien. Sechs von ihnen seien anschließend ins Gefängnis von Mamayembo an den Folgen von Mißhandlungen gestorben. Ein Sprecher des schweizerischen Justizministeriums hat alle Kritik an der Aktion, vor allem aber den Artikel von „La Suisse" als *„massive Desinformationskampagne"* zurückgewiesen. Der schweizerische Botschafter in Zaire habe den Auftrag, sich um das Schicksal der Ausgewiesenen zu kümmern. Der Botschafter verkündete dann auch sofort, alle 59 seien wieder bei ihren Familien, dann schränkte er ein, lediglich die Frauen und Kinder hätten zunächst zu ihren Angehörigen gedurft, dann hieß es, alle 59 seien zunächst zwecks Identitätsüberprüfung interniert. Ein Sprecher der zairischen Regierung stellte dazu klar, daß sich alle 59 Ausgewiesenen weiterhin *„in Obhut der Behörden"* befänden.

Während diese Meldungen die fortschrittliche Öffentlichkeit aufschreckten, feierte der Staatschef von Zaire, Sese Seko Mobuto im Genfer Luxushotel Noga-Hilton ein rauschendes Fest! Wie die Züricher Zeitung „Blick" berichtete, lud Mobuto rund 80 „Persönlichkeiten" aus der Schweiz und dem Ausland in das Hotel seines Freundes Nessim Gaon ein.

Mobuto ist — im Gegensatz zu den politisch Verfolgten aus Zaire — in der Schweiz ein gern gesehener Gast. Er besitzt eine große Villa mit Hubschrauberlandeplatz oberhalb von Lausanne, einige seiner Kinder studieren in der Schweiz. Am 12. Oktober feierte der Staatschef, der in Genf für seinen aufwendigen Lebensstil bekannt ist, seinen 55. Geburtstag im Hilton-Hotel direkt am Genfer See mit 350 Gästen. Aus Anlaß des 17. Gründungstages seiner *„Volksbewegung für die Revolution"* gab nach Angaben des „Blick" der Präsident, dessen Land zu den ärmsten der Erde gezählt wird, im Hilton ein Fest für mehr als 400 Personen. Nach Angaben der schweizerischen Organisation *„Finanzplatz Schweiz — dritte Welt"* soll Mobuto auf schweizer Geheimkonten Gelder etwa in der Höhe der Auslandsverschuldung Zaires liegen haben — mehr als vier Milliarden Dollar!

Der Fall der 59 Asylsuchenden ist nur die Spitze eines Eisbergs. In der Schweiz schwappt eine Welle des Ausländerhasses hoch, der allerdings **nur die Armen,** die Flüchtlinge, die Asylsuchenden trifft. Ansonsten ist die Schweiz weiterhin ein Paradies für Kapitalisten und Milliardäre aus aller Welt, deren Geld hier sicher und unsichtbar angelegt ist.

Gegen Ende des zweiten Weltkriegs hielten sich in der Schweiz trotz enorm scharfer Kontrollen und vieler Ausweisungen 115 000 Flüchtlinge auf. Heute sind es nur etwa 30 000 Flüchtlinge und 25 000 Asylsuchende. Aber gegen sie läuft eine breite, massive Kampagnen. Sie gelten, vor allem wenn sie aus fremden Kulturkreisen kommen als *„Fremdlinge"*, als *„wesensfremde Elemente"*, denen permanent die *„Ausschaffung"* droht. Und nicht nur das. Ein Berner Staatsanwalt hat öffentlich die Schaffung von Bürgerwehren in den Gemeinden gefordert, *„damit wir die Fremdlinge, die wir nicht wollen, wieder aus der Landschaft Schweiz herausbringen."*

Spanien:

Wieder eine Million gegen die NATO

Am vergangenen Sonntag demonstrierten in Spanien über eine Million Menschen gegen die NATO. Die Demonstranten traten gegen die NATO auf, forderten den Abbau der US-Militärbasen in Spanien, sprachen sich für Abrüstung und eine Politik der aktiven Neutralität aus und solidarisierten sich mit der dritten Welt. 200 Friedensinitiativen, gewerkschaftliche und kirchliche Gruppen sowie linke Parteien hatten die Demonstrationen und Aktionen organisiert.

Am Sonntag Abend es in Madrid zu einem großen Abschlußfest der Aktionen, bei der der Regierung ein Kommuniqué der Anti-NATO-Bewegung überreicht wurde, in dem die Pro-NATO-Regierung auf die Mehrheit hingewiesen wurde, die heute in Spanien gegen diesen Militärpakt ist.

Regierungschef Felipe Gonzales verkündete dagegen am Sonntag, daß er weiter für die NATO eintreten würde. Er mußte zugeben, seine Meinung um 180 Grad gedreht zu haben, nachdem er 1982 die Wahlen unter anderem mit dem Versprechen gewonnen hatte, Spanien über ein Volksreferendum aus der NATO rauszuhalten. Gonzales gab zu, daß seine geänderte Haltung mit dem EG-Beitrittsvertrag Spaniens zu tun habe, der noch nicht ratifiziert ist.

Die Volksabstimmung wird im Frühjahr 1986 stattfinden — die Demonstrationen sind ein ermutigendes Zeichen.



Das Plakat zur Mobilisierung für die Demonstration

Daimler-Millionen für Südafrika

Trotz der Pressezensur — dem letzten Mittel des Botha-Regimes seinen Terror gegen die schwarze Bevölkerungsmehrheit zu verheimlichen — reißen die Nachrichten von den Greueltaten der Apartheidsregierung Südafrikas nicht ab. Es gibt weltweite Proteste und eine breite Debatte über Boykottmaßnahmen und Sanktionen, die mithelfen könnten, Botha und Co. in die Knie zu zwingen.

In dieser Situation hat der Aufsichtsrat der Daimler-Benz AG beschlossen, „sein Engagement" in Südafrika mit einer neuen 150-Millionen-Mark-Investition zu stärken.

Mit elf zu neun Stimmen — gegen die Stimmen der Gewerkschaftsvertreter — hat der Aufsichtsrat am vergangenen Mittwoch eine Kapitalerhöhung für die südafrikanische Daimler-Benz-Tochter „Mercedes Benz of South Africa (PTY) LTD" um mehr als das dreifache von 63 Millionen Rand auf 223 Millionen Rand beschlossen. (Zur Zeit ist der Wechselkurs der südafrikanischen Währung Rand zur DM ungefähr 1:1).

Es geht um das südafrikanische Montagewerk in Pretoria, in dem im vergangenen Jahr rund 15 000 Personenwagen und rund 4000 LKWs produziert wurden. Die LKWs gehen größtenteils an die südafrikanische Armee.

Mitbeteiligt an Mercedes Benz of South Africa ist mit 26,5 Prozent die Volkskas, eine südafrikanische Bank. Diese Bank befindet sich zur Zeit in Schwierigkeiten, der rapide verfallende Rand und die „geringe Investitionsneigung" in Südafrika werden als Ursache genannt. Aber die Schwierigkeiten dieser **Markt Südafrika setzen.**

Dieser einträgliche Markt ist für die westlichen Imperialisten aber nur über das mörderische Apartheidsystem langfristig sicher. Und somit ist dies skrupellose Geschäft auch ein deutliches Votum für die Herrschenden in Südafrika, ein deutlicher Wink, worauf man setzt.

Zum Schluß noch einige konkrete Informationen über das Daimler-Geschäft: Daimler-Benz in Stuttgart hat mit 50,1 Prozent die Mehrheit der Anteile an dem südafrikanischen Werk. Die schon erwähnte südafrikanische Bank Volkskas 26,5 und eine „Ernst-Göhner-Stiftung" aus der Schweiz 23,4 Prozent. Die Kapitalerhöhung von bislang 63 Millionen Rand (davon Daimler 31,5 Millionen) auf 223 Millionen soll im Verhältnis der bisherigen Anteile gezahlt werden. Das hieße für Daimler 80 Millionen Rand, für die Volkskas 42,3 und die Göhner-Stiftung 37,5 Millionen Rand. Da aber die Volkskas wie erwähnt in Schwierigkeiten ist und die Göhner-Stiftung aus „stiftungsbedingten Gründen" zur Zeit höchstens 12 Millionen Rand zahlen kann, übernimmt der **Daimler-Konzern zunächst** mal 150 Millionen Neueinlage. Die anderen Anteilseigner können später von Daimler wieder soviel kaufen, bis die alten Beteiligungsverhältnisse wiederhergestellt sind. Diese „großzügige" Politik des Daimler-Aufsichtsrats läßt auf große Eile, aber auch auf ziemliches Vertrauen in die Zukunft Südafrikas schließen.



Ein Daimler-Produkt in Südafrika: Unimogs mit Raketenwerfern

Bank sind nur ein Symptom für die Lage in Südafrika. **Selbst aus dem Daimler-Auf**sichtsrat wurde bekannt, daß eine ganze Reihe von „wirtschaftspolitischen Belastungsfaktoren" aufgetreten sind. Und die sind eben aus der allgemeinen politischen Situation erwachsen. Der Absatz für Daimlers Nobelkutschen ist enorm zurückgegangen, ebenso der Verkauf von LKWs. Wenn Daimler jetzt mit 150 Millionen Mark der südafrikanischen Filiale unter die Armee greift, ist das, besonders jetzt, ein deutliches Zeichen. **Diese Aktion — unter Federführung des Aufsichtsratsvorsitzenden Alfred Herrhausen von der Deutschen Bank — macht deutlich, daß Daimler, und man darf wohl sagen, die westdeutschen Kapitalisten insgesamt, weiter auf einen einträglichen**

Natürlich hat der Aufsichtsrat in dieser Sache um „Diskretion". Die „taz" veröffentlichte die Einzelheiten über dieses skrupellose Geschäft am vergangenen Freitag. Außer einer kleinen Meldung in der „Frankfurter Rundschau" ist die westdeutsche Presse aber weiterhin diskret mit dieser Sache umgegangen.

Kolumbien:

Die Militärs im Aufwind

In der vergangenen Woche machte die Besetzung des Justizpalastes in der kolumbianischen Hauptstadt Schlagzeilen. Das von Guerilleros der Organisation M-19 besetzte Gebäude wurde vom Militär gestürmt — Gefangene wurden nicht gemacht. 109 Menschen starben, darunter 41 Mitglieder von M-19.



3000 Soldaten stürmten den von der Guerilla-Bewegung M-19 besetzten Justizpalast in Bogota. Er ging in Flammen auf, 109 Menschen starben.

M-19 ist eine der drei starken Guerillaorganisationen in Kolumbien. Die Bewegung des 19. April (*Movimiento 19 de abril*) nennt sich nach dem Datum einer betrügerischen Wahl am 19. April 1970, nach der sie den bewaffneten Widerstand aufnahm.

Die erste spektakuläre Aktion von M-19 war die Entwendung des Schwertes des lateinamerikanischen Freiheitshelden Simon Bolivar aus dem bolivianischen Nationalmuseum, das sie erst wieder herausgeben will, wenn Lateinamerika wirklich frei ist.

Im August vergangenen Jahres hat M-19, wie auch die beiden anderen bewaffnet kämpfenden Organisationen, die FARC und die ELP nach langen Verhandlungen einen Waffenstillstand mit der Regierung des Präsidenten Betancur abgeschlossen.

Vorbedingung war eine Amnestie für die Mitglieder der bewaffneten Organisationen gewesen, die Regierung versprach nach dem Waffenstillstandsabkommen weitreichende Reformen im politischen System und eine Landreform. Diese Politik des Präsidenten Betancur war immer umstritten. Vor allem die traditionell mächtigen Militärs schossen gegen diese Politik. Viele amnestierte Mitglieder der M-19 wurden ermordet oder verschwanden spurlos. 24 ehemalige Guerilleros wurden von ultrarechten, antikommunistischen Todesschwadronen, die mit dem Militär zusammenarbeiten, ermordet, mindestens 20 weitere sind von ihnen verschleppt worden. Schon im August vergangenen Jahres war der M-19-Führer Carlos Toledo Plata ermordet worden, der politische Sprecher von M-19 Navarro Wolf wurde im Mai bei einem Anschlag eines Agenten des Sicherheitsdienstes schwer verletzt. Nachdem dann noch Militäreinheiten einen blutigen Überfall auf ein M-19-Camp verübten, kündigte M-19 am 20. Juni dieses Jahres den Waffenstillstand auf.

Die nichteingehaltenen Versprechen der Regierung und die permanenten Überfälle auf M-19 und ihre Kämpfer bekanntzumachen, das sollte Ziel der Aktion in Bogota sein, die in einem Blutbad endete.

Aus Tonbandaufnahmen, die die Besetzer des vom Justizpalast aus telefonisch an Zeitungen und Radiostationen übermittelten, geh hervor, daß die Besetzung zu einer öffentlichen Aktion zum Ende des „Dialogs" des „Friedensprozesses" gemacht werden sollte. In aller Öffentlichkeit sollte geklärt werden, wer das Scheitern des Dialogs zwischen Staat und Guerilla zu verantworten habe. Die gefangenen hohen Richter sollten dabei „urteilen".

Der kriegsmäßige Militäreinsatz, das riesige Blutbad von Bogota überdecken leicht diese Hintergründe. Mit Panzern, Granaten, Bomben und Maschinengewehrsalven wurde der Justizpalast in Schutt und Asche gelegt. Zu spät verlangt der gefangene Präsident des Obersten Gerichtshofs, Alfonso Reches Echandia in einem letzten Telefongespräch vom kolumbianischen Präsidenten Betancur, das Feuer einzustellen: *„Die Guerillos sind zu einem Waffenstillstand bereit, aber die Soldaten müssen aufhören zu schießen."* Die einzige Forderung der Guerillos, die Veröffentlichung eines Berichtes der staatlichen „Friedenskommission" im Fernsehen, Funk und Presse — die allein schon beweist, daß das Militär den Waffenstillstand gebrochen hat — wird abgelehnt. Die Erstürmung des mittlerweise brennenden Palastes wird fortgeführt, 109 Menschen sterben, keiner von M-19 überlebt, und es wird deutlich, Gefangene sollten gar nicht gemacht werden. Dafür spricht unter anderem der Fall des M-19-Gründungsmitgliedes Andreas Almarales. Zunächst hieß es, der M-19-Kämpfer habe sich verletzt ergeben, dann zeigte auch das Fernsehen Bilder von Almarales, und es hieß, er sei in ein Krankenhaus gebracht worden. Später folgt die „endgültige", „offizielle" Version: Almarales sei während der Kämpfe gefallen.

Nach dem blutigen Ende der Besetzung kommen noch mehr Dinge ans Tageslicht. In der Zeitung *„El Tiempo"* sagte der kolumbianische Richter am Obersten Gerichtshof, Fernando Uribe, die kolumbianische Regierung wußte auf Grund von Unterlagen, die sie in einem Versteck von M-19 gefunden habe, seit über einem Monat von dem geplanten Überfall. Dieselbe Meinung vertrat auch Humberto Murcia, ebenfalls Richter am obersten Gerichtshof, der das Blutbad nur zufällig unter einem Berg von Leichen überlebt hat.

Ein weiterer überlebender Richter der Besetzung: *„Wenn es nur ein Minimum an Dialog zwischen beiden Seiten gegeben hätte, wären diese Leben gerettet worden."*

Aus allen Erkenntnissen geht hervor, daß M-19 immer wieder zum Dialog bereit war, die Verantwortung für das Blutbad liegt bei den Militärs und dem Präsidenten Betancur. So sahen es auch die Justizangestellten Bogotas. Aus Protest gegen die starre Haltung der Regierung traten alle Justizangestellten noch am vergangenen Donnerstag in einen dreitägigen Streik: *„Die Regierung wollte nicht verhandeln, sie massakrierte die Diener der Justiz"* — *„Militärs — Mörder"* riefen sie auf einer Protestveranstaltung am Freitag. Die elf überlebenden Richter des Obersten Gerichtshofes boykottierten dann auch eine Trauerfeier mit Betancur, dem sie vor allem vorwarfen, keine Verhandlungen mit M-19 geführt zu haben.



Kämpfer von M-19 im Elendsviertel Siloe von Cali, der drittgrößten Stadt Kolumbiens.

Der Präsident hat in einer Ansprache nach der Besetzung die volle Verantwortung für das Vorgehen der 3000 Soldaten während der Besetzung des Justizpalastes übernommen: *„Alles, was geschehen ist, ging auf Rechnung des Präsidenten der Republik und war nicht das Werk anderer Faktoren, die er nicht kontrollieren konnte."* Mit diesen Worten mußte er auf weitverbreitete und offenkundig auf der Hand liegende Vermutungen eingehen. Daß er nämlich gar nicht der eigentliche, der entscheidende Mann in diesem blutigen Spiel war. So wie das Militär seit dem Waffenstillstand durch seine Aktionen die Politik Betancurs torpediert hatte, so hatte es jetzt den Präsidenten unter Druck gesetzt. Unbestätigt — aber gar nicht unwahrscheinlich — ist die Meldung, daß der kolumbianische Verteidigungsminister Vega Urbe während des Sturms auf den Justizpalast gesagt haben soll, er würde einen Befehl, das Feuer einzustellen nicht befolgen.

Die Möglichkeit, daß Betancur in der vergangenen Woche vielleicht zwischen der Alternative Sturm auf den Justizpalast oder Putsch im Präsidentenpalast gestanden haben könnte, entschuldigt von seinem Handeln aber gar nichts. Zeigt die Vorgeschichte des Blutbads von Bogota und sein konkreter Ablauf doch ganz deutlich, daß die Militärs — die reaktionärsten Vertreter der einflußreichsten Wirtschaftskreise (zu denen nebenbei die größten Kokainproduzenten und -schmuggler der Welt gehören) —, daß die Kräfte der Reaktion in Kolumbien durch die Reformversprechen Betancurs und dem eingeleiteten „Friedensgesprächen" nicht einen Deut ihrer Macht, Brutalität und Stärke verloren haben. Die fehlgeschlagene Aktion von M-19 ist für den bewaffneten Widerstand in Kolumbien nicht nur eine militärische Niederlage. Die politische Rechte und das Militär werden nunmehr versuchen, ihr Vorgehen gegen jegliche konsequente Opposition im Stile von Bogota weiterzutreiben.

Chile: Nationaler Protesttag

„Y va acaer!" Er wird stürzen!

Am vergangen Dienstag und Mittwoch (5. und 6. November) fanden in Chile die seit langem stärksten und machtvollsten Nationalen Protesttage statt. Die gesamte, sehr breite Opposition gegen die Pinochet-Diktatur hatte aufgerufen und Tausende folgten im ganzen Land. Die Antwort der Diktatur: Polizei- und Militäreinsätze, bei denen fünf Menschen getötet, mindestens 100 verletzt und über 800 festgenommen wurden.

Ziel der Proteste war es unter anderem die Freilassung der Gewerkschaftsführer zu erreichen, die seit dem Aufruf zu den letzten Protesttagen im September in Haft sitzen. So war der Auftakt der Kundgebungen und Demonstrationen ein Besuch von Angehörigen der Gewerkschaftsführer im Gefängnis. Zu den Inhaftierten gehören auch die beiden wohl prominentesten Gewerkschaftsführer Rudolfo Seguel und Manuel Bustos, die sich seit Ende Oktober in einem Hungerstreik befinden. Schon der friedliche Marsch der Familienangehörigen wurde von Polizeieinheiten mit Wasserwerfern und Tränengas attackiert.

Während der Protesttage waren viele Geschäfte geschlossen, Studenten besetzen Unterrichtsgebäude und Arbeiter streikten. Alle Häfen des Landes wurden bestreikt, die Kupferarbeiter führten einen großen Protestmarsch durch.

Die Diktatur ging überall mit faschistischem Terror vor. Die von Studenten besetzte Ingenieurs-Fakultät der Universität von Santiago de Chile wurde auf brutale Art von Sonderkommandos geräumt, 396 Studenten verhaftet. Ähnliche Einsätze gab es an der Universität im Norden Chiles, in Antofagusta, wo 123 Studenten verhaftet wurden, oder an der Technischen Universität von Santiago, die auch besetzt war.

Die härtesten Einsätze gab es aber in den Armenvierteln, in den *Poblaciones*. Trotz vorhergehender einschüchternder Polizeieinsätze, bei denen wild in die Viertel geschossen wurde, wurden hier Barrikaden errichtet, gab es hier den stärksten Widerstand gegen die Pinochet-Polizei und das Militär. Im Armen- und Arbeiterviertel *„La Victoria"* gab es die meisten Verletzten durch Polizeischüsse. Einsätze von Einheiten des Heeres mit gepanzerten Wagen, Gummigeschossen, Tränengas und Schußwaffen gegen diese kämpferischen Viertel, in denen es den konsequentesten Widerstand gibt, haben aber oft die Folge, die eine Frau aus so einem Viertel beschreibt: *„Die Jugendlichen haben sie mit Steinen und Barrikaden in die Flucht geschlagen, wir Frauen haben die Steine ausgegraben."*

Ein Sprecher der Opposition: *„Dieser Tag des Kampfes hat gezeigt, daß das Volk die Demokratie jetzt haben will und nicht bis 1989 (Ende der Amtszeit Pinochets, RM) warten will. Die Poblaciones sind freie Zonen, die Bevölkerung beherrscht ihr Gebiet."*

Während des Protesttages schlägt jetzt auch immer öfter die militante Gruppe *„Patriotische Front Manuel Rodriguez"* zu. Sie legte u. a. während der Protestaktionen durch Anschläge das Stromnetz von Santiago lahm und unterbrach druch Bomben die Eisenbahnlinie Santiago-Valparaiso.

Als nächstes Ziel hat sich die Protestbewegung gegen Pinochet die Organisierung eines Nationalstreiks vorgenommen, der für bessere Lebensbedingungen und für gewerkschaftliche Rechte geführt werden soll. Diese Ziele sind nicht unter Pinochet zu erreichen. Die kommende Auseinandersetzung kann zu einer wichtigen Kraftprobe werden.

Gibt es eine Alternative zur Wochenzeitung Roter Morgen?

Die Kritik am Roten Morgen ist verbreitet. Seine Auflage ist im Keller. Seine politische Wirksamkeit schon deshalb sehr begrenzt. Der kräftemäßige und finanzielle Aufwand für die wöchentliche Herausgabe des Roten Morgen ist — gemessen an den Möglichkeiten unserer kleinen Partei — enorm. Stellt sich die Frage: gibt es zur Wochenzeitung Roter Morgen Alternativen? Der 6. Parteitag Anfang Februar wird sich mit dieser Frage befassen müssen.

„Der RM ist langweilig, wenig informativ und in vielen Fragen sehr oberflächlich. Eine große Zahl von Artikeln ist eine Zusammenfassung von Artikeln aus anderen Zeitungen, weiterhin sind viele Beiträge wenig fundiert. Einschätzungen entarten zu oft zu allgemeinen Phrasen, mit denen man nichts anfangen kann. Der RM liefert kaum Analysen und Hintergrundinformationen, stattdessen werden Berichterstattung und Kommentierung von Ereignissen ständig vermischt, anstatt zwischen „Information" und „Beurteilung" zu trennen. Das Layout des RM ist stinklangweilig und beschissen. (...) Der Schreibstil des RM hebt sich wenig vom Layout ab..."

So formulierten vor einigen Monaten Karlsruher Genossinnen und Genossen in einem längeren Beitrag in unserem parteiinternen Diskussionsorgan „Der Kommunist" ihre grundsätzliche Kritik am Roten Morgen.

Mit diesem herben Verriß kann ich mich als jemand, der Woche für Woche an der Herstellung des Roten Morgen beteiligt ist, zwar nicht einverstanden erklären. Ich finde den Roten Morgen alles in allem doch um einiges besser, als er in der Darstellung der Zelle Karlsruhe erscheint.

Doch insgesamt sind die Schwachstellen, auf die die Karlsruher Genossinnen und Genossen verweisen, nicht wegzudiskutieren. Auch die Redaktion, die Woche für Woche unter großem Zeitdruck den Roten Morgen redaktionell konzipiert und im wesentlichen auch schreibt, hat seit geraumer Zeit zunehmend Zweifel daran, ob der Rote Morgen in seiner jetzigen Form unserer Partei, ihren Problemen und ihren politischen Aufgaben gerecht wird.

Viele Ansprüche werden nicht erfüllt

Zu viele Ansprüche, die an den Roten Morgen gestellt werden, kann er nicht erfüllen. Um mit dem auf der Hand liegenden zu beginnen: der Rote Morgen sollte immer einerseits Zeitung **für die Kommunisten** sein, andererseits für nichtkommunistische Menschen (für „meine Kollegen") kommunistische Politik darlegen und erläutern. Die gesamte Konzeption des Roten Morgen ist in diesem Sinne immer noch zwiespältig.

Nur: die Auflage des Roten Morgen schrumpelt sich immer mehr auf die Parteimitglieder und ein aus unterschiedlichen Gründen interessiertes Umfeld ein. Der Freiverkauf des Roten Morgen ist praktisch völlig zum Erliegen gekommen. Ausnahmen bestätigen hier wirklich nur die Regel. Als Abonnentenzeitung wird sich der Rote Morgen aber auf absehbare Zeit bei einer Auflage einpendeln, die 1000 nicht wesentlich übersteigt. Man kann diese Entwicklung bedauern, aber sie ist eine Realität, und ich sehe keine Möglichkeit, hier eine wesentliche Änderung herbeizuführen.

Jedenfalls findet die Darstellung kommunistischer Politik „nach außen" über den Roten Morgen schon deshalb nicht statt, weil der Rote Morgen im wesentlichen nur unter Menschen verbreitet wird, die die KPD sowieso gut kennen. Das hängt nicht wesentlich mit dem Inhalt des Roten Morgen zusammen, sondern mit der von der Masse der Parteimitglieder getroffenen Entscheidung, der Verbreitung des Roten Morgen im Rahmen ihrer politischen Tätigkeit als Kommunisten keine große Bedeutung (gelinde gesagt) beizumessen. Solange das so ist (und wer will in dieser Frage ernsthaft eine qualitative Veränderung?), ist eine Debatte über diesbezügliche inhaltliche und journalistische Schwächen des Roten Morgen eine recht brotlose Kunst.

Die Genossinnen und Genossen der Partei, überhaupt der Großteil der Leserinnen und Leser verlangen vor allem politische Orientierungshilfe, sorgfältige Beiträge zur Analyse bestimmter Probleme, fundierte Auseinandersetzung mit anderen Positionen in der Arbeiterbewegung und anderen fortschrittlichen Bewegungen, die Entwicklung marxistischer Positionen zu neu in der gesellschaftlichen Diskussion auftauchenden Fragen: neue Technologien, Ökologie, Veränderung in der Klassenstruktur der Gesellschaft u.a.

Auch diese Ansprüche kann der Rote Morgen zur Zeit nur zum geringeren Teil befriedigen. Es gibt „traditionelle" Politikfelder der Partei, wo der RM sich im Großen und Ganzen recht wacker schlägt — mit Einschränkungen, über die noch zu sprechen sein wird.

Es gibt Politikfelder, auf denen die Partei theoretisch und praktisch kaum gearbeitet hat. Die Redaktion ist im allgemeinen bemüht, um derartige Them[illegible] nen Bogen zu machen.

Eine Wochenzeitung aber ist andererseits gezwungen, die Themen aufzugreifen, um die in Bonn gestritten wird, die in der Tagespresse Schlagzeilen machen, die die Kanäle von Funk und Fernsehen beherrschen. Das bedeutet, daß im Roten Morgen jede Woche zu Fragen geschrieben wird, über die keine politische Diskussion in den zentralen Gremien der Partei, geschweige denn in größeren Teilen der Partei, nicht stattgefunden hat. Früher stellte sich das Problem nicht so, weil der Rote Morgen selbstverständlich die „Linie" festlegte und differenziertere Beurteilungen ohnehin nicht gefragt waren. So läuft es heute nicht mehr — zum Glück; denn es war ja nun auch vieles falsch, was da von der Kanzel des Zentralorgans als „Linie" verkündet wurde.

Was also macht die Redaktion in solchen Fällen, wenn es eine Position der Partei noch nicht gibt, zu einem fundierten Diskussionsbeitrag aber die Zeit nicht reicht? Sie schreibt politisch unprofilierte Artikel, die sich mit Bedacht im Bereich dessen halten, „was man auf jeden Fall sagen kann". Strittige Fragen werden umgangen, wobei es aber in der Regel so ist, daß gerade diese Fragen den Ausgangspunkt für die Diskussion zur Entwicklung kommunistischer Positionen darstellen.

Das sind nur einige Probleme, die wir mit unserer Wochenzeitung haben und die zum erheblichen Teil auch dazu beitragen, daß die Unzufriedenheit mit dem Roten Morgen relativ groß ist.

Was uns der Rote Morgen kostet

Trotz der Unzulänglichkeiten hat der Rote Morgen natürlich seine guten Seiten: er enthält eine Menge Informationen, Beurteilungen und auch Anregungen für die politische Arbeit. Für unsere Partei ist der wöchentliche Rote Morgen im Briefkasten sicher auch ein wichtiges verbindendes Element.

Aber man muß auch sehen, was der Preis für diese aus meiner Sicht durchaus vorhandenen und nicht niedrig zu veranschlagenden Vorzüge der Wochenzeitung Roter Morgen ist: praktisch ist gegenwärtig nahezu die gesamte Parteizentrale auf die wöchentliche Herausgabe des Roten Morgen zugeschnitten.

Man kann das am einfachsten an der Verteilung der Genossinnen und Genossen sehen, die hauptberuflich für die Partei bzw. den Verlag Roter Morgen tätig sind. Zwei Genossen sind direkt als Journalisten angestellt, wobei ein Genosse in der Praxis aber auch noch sehr viele andere Aufgaben hat. Die zwei freigestellten Poitbüro-Mitglieder arbeiten zweieinhalb bis drei Tage pro Woche für den Roten Morgen. Bedenkt man, daß die Wochenenden überwiegend mit Tagungs-Terminen gefüllt sind, wird deutlich, wie wenig Zeit für andere Aufgaben bleibt. Die Technik der Zentrale ist entsprechend vor allem auf das wöchentliche Erscheinen des Roten Morgen ausgelegt.

Freistellungen für bestimmte Arbeitsbereiche der Partei (z.B. Gewerkschaftspolitik, Antifa, Frieden etc.) gibt es nicht, die freigestellten Genossinnen und Genossen haben über eine gewisse Arbeitsteilung innerhalb der RM-Redaktion hinaus kaum Zeit, sich tatsächlich um die Entwicklung der Politik der Partei auf den verschiedenen Gebieten intensiver zu kümmern. Das hat ohne Zweifel dazu geführt, daß die Weiterentwicklung der Politik der Partei äußerst langsam vor sich geht, daß in der praktischen Arbeit viele Fragen auftauchen, zu deren geordneter Untersuchung und Diskussion von der Parteizentrale keine Initiativen ausgehen. Selbst für einen Bereich wie die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, auf den die Partei sich immer stark konzentriert hat, hält die Weiterentwicklung unserer Politik mit den Erfordernissen nicht Schritt.

Sicher ist es eine falsche und zudem unrealistische Vorstellung, diese Weiterentwicklung der Politik der Partei könne vor allem durch freigestellte Genossinnen und Genossen geleistet werden. Nein, wir müssen und können das nur leisten, wenn wir zu den verschiedenen Politikfeldern ein System von „Fachkonferenzen" auf Arbeitsgruppen aufbauen. Aber auch eine so organisierte Arbeit, die auf den Schultern von vergleichsweise vielen Genossinnen und Genossen ruht, funktioniert erfahrungsgemäß nur mit organisierender Unterstützung und inhaltlichen Anregungen und Initiativen durch die Zentrale.

Dafür war bislang schon kaum Luft und die Situation wird sich diesbezüglich weiter verschärfen. Die finanzielle Lage der Partei hat sich so verschlechtert, daß schon jetzt feststeht: die Partei wird ihre zentrale Tätigkeit im nächsten Jahr mit **erheblich** weniger freigestellten Genossinnen und Genossen leisten müssen. Es bedeutet keinen Vorgriff auf die notwendige Diskussion, wenn man feststellt, daß die wöchentliche Herausgabe des Roten Morgen dann nicht mehr zu leisten sein wird.

Alternativen

Mir scheint, daß bei den gegebenen finanziellen und kräftemäßigen Möglichkeiten es vor allem zwei Alternativen zur jetzigen Wochenzeitung Roter Morgen gibt. Gut möglich, daß Genossinnen und Genossen, die das Problem nicht mit den Scheuklappen betrachten, wie sie einem in jahrelanger Arbeit in der Parteizentrale gewachsen sein könnten, auf ganz andere Lösungsmöglichkeiten stoßen. Es geht in diesem Beitrag ja nur darum, die notwendige Diskussion in Gang zu bringen.

Die erste Alternative drängt sich spontan wohl am meisten auf: der Rote Morgen wird auf 14tägliche Erscheinungsweise umgestellt. Der wohl wichtigste Vorteil dieser Lösung: der Einschnitt gegenüber der bisherigen Lage wäre nicht so tief, wir müßten nicht völlig mit liebgewordenen Traditionen brechen.

Mein Einwand gegen diese Lösung: sie stellt lediglich die Reduzierung von etwas jetzt schon Unzureichendem um 50 Prozent dar. Dadurch wird es nicht besser, sondern, wie ich befürchte, eher noch unbefriedigender. Natürlich ist das nicht zwangsläufig. Man müßte über die inhaltliche Konzeption eines solchen 14täglichen Roten Morgen nachdenken. Sicher wären bestimmte inhaltliche Veränderungen — vielleicht sogar Verbesserungen — gegenüber dem jetzigen wöchentlichen Roten Morgen möglich. Ich fürchte aber: nur in sehr, sehr beschränktem Umfang.

Der Reduzierung des Roten Morgen um die Hälfte würde in etwa die Reduzierung der Genossinnen und Genossen, die dann für seine 14tägliche Herausgabe verantwortlich sein würden, entsprechen. Sie würden letztlich vollauf damit beschäftigt sein, den Roten Morgen alle 14 Tage herauszubringen, wie die jetzige Redaktion froh ist, daß es ihr gelingt, den Roten Morgen jede Woche auf die Reise zu schikken.

Der 14-Tage-Rhythmus wird es nicht erlauben, in wesentlich größerem Umfang als bisher nicht in der Zentrale tätige Genossinnen und Genossen zur Mitarbeit zu gewinnen, weil das Bemühen darum nach allen Erfahrungen durchaus zeitaufwendig ist.

Infolgedessen würde die Umstellung des Roten Morgen auf 14tägliche Erscheinungsweise in der Zentrale auch nicht die notwendige Luft schaffen, um im oben skizzierten Sinne Initiativen für die weitere Entwicklung der Politik der Partei zu entfalten. Geschieht das aber nicht, wird der Rote Morgen auch als 14tägliche Zeitung nicht auf der Höhe der politischen Diskussion in der Linken und der durch die Klassenkampfentwicklung aufgeworfenen Fragen sein können.

Darum bin ich für eine völlige Umstellung der Parteipublizistik. Die Partei sollte monatlich ein politisches Magazin herausgeben. Es sollte eine Mischung aus Reportagen, politischen Kommentaren, theoretischen Artikeln, Interviews, Nachrichten etc. enthalten. Es müßte also lesbar sein für jeden an sozialistischer Politik im weitesten Sinne interessierten Menschen.

Es müßte aber auch ein wirkungsvolles Instrument sein, die politische Diskussion in der Partei zu entwickeln und sich in die Diskussion in der sozialistischen Bewegung, der Gewerkschaftslinken usw. überzeugend einzuklinken.

In die Arbeit an einem Monatsmagazin könnten tatsächlich Arbeitsgruppen und Genossinnen und Genossen mit besonderen Kenntnissen auf bestimmten Gebieten einbezogen werden. Viele angesprochene Aufgaben der politischen Weiterentwicklung der Partei ließen sich in Verbindung mit einem politischen Monatsmagazin besser lösen als in Verbindung mit einer Zeitung, die 14täglich oder gar wie jetzt wöchentlich erscheint.

Anzustreben wäre aus meiner Sicht, dieses politische Monatsmagazin zu ergänzen durch eine jeweils zur Monatsmitte erscheinende „Flugblattzeitung", die für unsere Verhältnisse breit kostenlos vor Betrieben, an Ständen, auf Veranstaltungen, Demos etc. verteilt würde. Diese — in Anführungsstrichen — „Massenzeitung" im Umfang von vier RM-Seiten müßte aber auch kompromißlos am Massenbewußtsein und an der Massendiskussion ansetzen, also keine RM-Extras oder Rückseiten der „BLIND".

Sie müßte im vollen Umfang die gängigen Lesegewohnheiten akzeptieren, hätte als Aufgabe, Positionen der Partei in die Massendiskussion zu schleusen, Interesse an der Partei zu wecken, das politische Profil der Partei in der Arbeiterbewegung zu entwickeln.

In der Kombination von politischem Monatsmagazin und „Massenzeitung" scheint mir sogar die Möglichkeit zu einem wirklichen Fortschritt gegenüber den jetzigen publizistischen Bemühungen der Partei zu stecken. Sie könnte mehr sein als nur eine erzwungene Anpassung an eine schlechte Finanzsituation.

Horst-Dieter Koch

Tarifverhandlungen gescheitert

Streik bei der Lufthansa

Auf verschiedenen Flughäfen begannen am Montag Streikaktionen der ÖTV gegen die Lufthansa. Der geschäftsführende Hauptvorstand der ÖTV hatte die Tarifverhandlungen bei der Lufthansa über eine Neuregelung der Gewinnbeteiligung und eine Vorruhestandsregelung für gescheitert erklärt und mit 20 : 14 Stimmen den Streik beschlossen.

Der Hauptvorstand folgte damit der Empfehlung der Tarifkommission. Die ÖTV fordert für dieses Jahr eine Gewinnbeteiligung von 40 Millionen DM, die für alle Beschäftigten der Lufthansa als einheitlicher Betrag ausgezahlt werden soll. Bei Durchsetzung der ÖTV-Forderung würde jeder Lufthansa-Beschäftigte 1 100 DM erhalten. Im letzten Jahr lag die Gewinnbeteiligung bei 520 DM pro Beschäftigten.

Nachdem Ende Oktober die ÖTV-Mitglieder bei der Lufthansa sich in einer Urabstimmung mit 82 Prozent für einen Streik zur Durchsetzung der Forderungen ausgesprochen hatten, legte der Lufthansa-Vorstand ein Angebot auf den Tisch, das folgende Erhöhung der Gewinnbeteiligung vorsah: 850 DM als Sockelbetrag plus 6 Prozent des Montaseinkommens, mindestens aber 1025 DM.

Dieses Angebot wurde von der Tarifkommission und dem ÖTV-Vorstand nun abgelehnt. Die bürgerliche Presse merkt verschiedentlich hämisch an, ob ein Streik für 75 DM sich denn eigentlich lohne. Wie zu hören ist, haben die 14 Gegner des Streikbeschlusses im geschäftsführenden Hauptvorstand ihre Haltung auch mit dieser Argumentation begründet.

So einfach liegt die Sache in Wirklichkeit nicht. Das Lufthansa-Angebot bleibt eben nicht nur mit 75 DM unter der ÖTV-Forderung, vom Gesamtvolumen dürfte es die ÖTV-Forderung von 40 Millionen sogar annähernd erreichen. Dem Lufthansa-Vorstand geht es gezielt darum, die hochverdienenden Mitarbeiter besser zu bedienen, also von der einheitlichen Gewinnbeteiligung wegzukommen. Damit wird nicht nur auf die spalterische Wirkung geschielt, die von jeder Ausweitung der Lohn- und Gehaltsdifferenzierung ausgeht. Die Sache hat einen sehr viel handfesteren Hintergrund: das Lufthansa-Angebot will die DAG stärken und die ÖTV schwächen.

Von den 38000 Inlandsbeschäftigten der Lufthansa sind ca. 10000 bei der ÖTV organisiert, vorwiegend Bodenpersonal. Bei der DAG sind dagegen ca. 5000 Beschäftigte organisiert, vor allem 70 Prozent der Piloten und 30 Prozent des Kabinenpersonals.

Mit dem Lufthansa-Angebot könnte die DAG also behaupten, für den Großteil ihrer Mitglieder mehr erreicht zu haben — auf Kosten der Beschäftigungsgruppen, die hauptsächlich durch die ÖTV vertreten werden.

Entsprechend hat die DAG beschlossen, sich an dem Streik nicht zu beteiligen. Insofern geht es bei der Lufthansa auch um die Frage „einheitliche gewerkschaftliche Interessenvertretung der Belegschaft oder berufsständische Spaltung?"



Barbara Dürk klagt gegen Diskriminierung

Sanfte Diskriminierung nach Kavaliersart?

Vor dem Frankfurter Landesarbeitsgericht klagt Barbara Dürk in zweiter Instanz, weil sie im Rahmen einer Bewerbung um eine an der Kasseler Gesamthochschule ausgeschriebene Stelle als Frau diskriminiert und abgelehnt wurde. Es ist die dritte Klage von Frauen, die sich auf den 1980 eingeführten § 611a des Bürgerlichen Gesetzbuchs stützt, der ein Verbot geschlechtsspezifischer Benachteiligung enthält.

Barbara Dürk, ursprünglich Lehrerin, hatte, nachdem sie nicht in den Schuldienst übernommen worden war, zunächst drei Jahre als Akkordarbeiterin in einer Keramikfabrik gearbeitet und dann zur Maschinenschlosserin umgeschult. Im Sommer 1985 hatte sie sich um die an der Gesamthochschule Kassel ausgeschriebene Stelle eines „Facharbeiters" für ein „industriegefördertes Forschungsvorhaben" beworben. Bei dem Forschungsvorhaben, geleitet von einem Professor Alfred Puck, ging es um die „Entwicklung hochbelasteter Bauteile aus Faser-Kunststoff-Verbunden für den Automobilbau".

Zunächst bekam Barbara Dürk einen freundlichen Brief des Professors, in dem ihr ein Vorstellungsgespräch in Aussicht gestellt wurde. Als Barbara Dürk sich nach einigen Wochen telefonisch erkundigte, erklärte ihr ein Assistent des Professors, die Arbeit sei für sie als Frau zu schwer. Kurze Zeit drauf bekam sie diese Auskunft von Professor Puck auch schriftlich.

Es hatten sich in der Zwischenzeit nämlich über 40 Männer um die Stelle beworben. Eingestellt wurden sogar zwei. Barbara Dürk aber wurde nicht einmal mehr zum Vorstellungsgespräch zugelassen.

Dagegen erhob Barbara Dürk Klage — zunächst vor dem Arbeitsgericht in Kassel. Das Kasseler Arbeitsgericht entschied mit hanebüchener Begründung gegen Barbara Dürk. In dem Schreiben von Professor Puck hieß es unmißverständlich: „Meine Mitarbeiter haben mir jetzt überzeugend dargelegt, daß die im Technikum geforderte Tätigkeit eine Frau physisch überfordern würde." Die Ablehnung wurde offensichtlich geschlechtsspezifisch begründet. Das Kasseler Arbeitsgericht aber kam zu der Auffassung, der Professor habe glaubwürdig dargelegt, der eigentliche Ablehnungsgrund sei mangelnde Qualifikation von Barbara Dürk gewesen. Der Professor habe als Kavalier der alten Schule" das „Nein" nur „sanfter" gestaltet und deshalb die geschlechtsspezifische Begründung vorgebracht.

Als Kavaliersdelikt wird geschlechtsspezifische Diskriminierung hierzulande nach wie vor gehandhabt. Bei der ersten Klage, die zwei Sozialarbeiterinnen gegen das Land NRW, gestützt auf den § 611a angestrengt hatten, kam das Landesarbeitsgericht Hamm zu folgendem Urteil: Es gab der Klage der beiden Frauen statt — und sprach ihnen Schadensersatz in Höhe von sage und schreibe 7,20 DM für Porto- und Bewerbungskosten zu. Erst nach einem Spruch des Europäischen Gerichtshofs bequemte sich das Arbeitsgericht Hamm, den beiden Frauen je 21000 DM Schadensersatz zuzusprechen. Danach errerichte eine Hamburger Diplomkauffrau ein Arbeitsgerichtsurteil, das ihr gut 15000 DM Schadensersatz zusprach.

Barbara Dürk klagt auf Einstellung, ersatzweise 15000 DM Schadensersatz. Zum Verhandlungsbeginn in Frankfurt demonstrierten rund 50 Gewerkschafterinnen u.a. der IG Chemie und der GEW ihre Solidarität mit Barbara Dürk. Das Urteil steht noch aus.

Programma-Belegschaft siegt

Am Montag letzter Woche legte die IG Metall noch einmal eine Schüppe drauf: 1400 Metaller aus dem ganzen Bezirk standen vor der Gerstettener Firma Programma Streikposten, um die 35 streikenden Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen. Offensichtlich Grund genug, daß sich Hihg-Tech-Lobbyist Späth in die Vermittlungen einschaltete.

Im Laufe der Verhandlungen nahm Programma-Chef Röhlich die fristlosen Kündigungen gegen fünf Betriebsratsmitglieder und zwei Stellvertreter zurück. An diesem Punkt war zuletzt eine Einigung vor allem gescheitert. Der Betriebsrat verpflichtete sich seinerseits, im nächsten Vierteljahr eine Abstimmung in der Belegschaft darüber durchzuführen, ob der amtierende Betriebsrat noch das Vertrauen hat oder ob eine Neuwahl des Betriebsrats gefordert wird. Wenn 40 Prozent der Belegschaft in dieser Abstimmung eine Neuwahl fordern, soll eine Neuwahl des Betriebsrats durchgeführt werden, zu der auch die jetzigen Betriebsratsmitglieder normal kandidieren können.

Vereinbart wurde der Verzicht auf alle Maßregelungen seitens der Firma und die Rücknahme aller Anzeigen.

Der nun von der IG Metall mit Programma abgeschlossene Haustarif sieht vor, daß ab 1. Januar der volle Jahresurlaub gilt, daß ab 1. Juni die 38,5-Stunden-Woche eingeführt wird und die üblichen Leistungszulagen gelten. Die Programma-Belegschaft und die IG Metall haben damit nach fast achtwöchigem Arbeitskampf einen wichtigen Sieg errungen.

Wallraff was here — aber wo bleibt die IG Metall?

„Thyssen gefordert" schreibt die „metall" in ihrer Ausgabe vom 1. November in dem Bericht zu dem Buch von Günter Wallraff „Ganz unten". Natürlich zu recht.

Der Artikel endet: „Da kann man nur noch auf engagierte Staatsanwälte hoffen." Tatsächlich? Auf die IG Metall kann man nicht hoffen? Sieht man in Frankfurt nach den Enthüllungen des Wallraff-Buchs nicht auch die Notwendigkeit zu der Feststellung: die IG Metall ist gefordert?

Gewiß, die IG Metall fordert das Verbot der Leiharbeit. Sie hat eine Reihe von Prozessen gegen Unternehmer vom Schlage Remmert oder Vogel geführt. Wahr aber ist: ein einzelner Mensch, Günter Wallraff, hat für die Aufdeckung der Zustände und dafür, der Forderung nach dem Verbot der Leiharbeit Öffentlichkeit zu verschaffen, mehr getan als die gesamte IG Metall.

Woran liegt das? An dem Namen Wallraffs, an dem Sensationsinteresse, mit dem seine Enthüllungen in der Öffentlichkeit erwartet und aufgenommen werden? Zum Teil sicher, aber nur zum kleineren Teil.

Wahr ist vor allem: die Konsequenz, mit der Wallraff die Unmenschlichkeit und Zustände dieser modernen Sklaverei anprangert, die Rückhaltlosigkeit, mit der er sich auf die Seite der unterdrücktesten Schichten der Arbeiterklasse stellt, war und ist nicht die Haltung der IG Metall.

Wenn die „metall" schreibt: „... Betriebsräte kämpfen seit Jahren in diesem Bereich gegen Desinteresse, Gleichgültigkeit und bürokratische Hürden", dann ist diese Selbstgerechtigkeit noch nicht einmal die halbe Wahrheit. Es ist eine halbe Lüge. Wahr ist, daß viele Betriebsräte wissen, daß Werkverträge in Wirklichkeit Scheinwerkverträge sind, daß sie die unmenschlichen Bedingungen kennen, unter denen Leiharbeiter in ihrem Betrieb arbeiten müssen — und daß sie mit diesem Wissen ganz gut leben. Das galt eben auch für die Mehrheit der Thyssen-Betriebsräte — jedenfalls bis Wallraff sein Buch veröffentlichte.

In direkter Nachbarschaft von Thyssen — bei Mannesmann in Duisburg — haben Betriebsräte massenhaft Verstöße gegen das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz aufgedeckt, die betroffenen Subunternehmer-Kollegen dabei unterstützt, gegen Mannesmann zu klagen. Mannesmann konnte gezwungen werden, zig Kollegen in ein ordentliches Beschäftigungsverhältnis zu übernehmen.

Wahr ist: die Initiative ging nicht von der Betriebsratsmehrheit aus, die von der IGM-Liste gestellt wird, sondern von der Gruppe ‚Konsequente Gewerkschafter', deren Betriebsräte aus der IGM ausgeschlossen wurden.

Wahr ist auch: Aus den Vorgängen bei Mannesmann zogen weder die Duisburger Ortsverwaltung noch die Mehrheit der Thyssen-Betriebsräte Konsequenzen für Thyssen.

Gewiß, die Forderung nach Abbau des Subunternehmer-Unwesens wird in vielen Betrieben von den Betriebsräten immer wieder erhoben. Vorzugsweise dann, wenn Arbeitsplätze der Stammbelegschaft bedroht sind. Dann ist es populär zu sagen, bevor von uns welche gehen müssen, sollen erst einmal die Subunterleute raus.

Natürlich ist das nicht immer so. Viele Betriebsräte und Gewerkschafter kämpfen tatsächlich gegen Leiharbeit und Sklavenhändler. Aber daß es Arbeiter zweiter Klasse als Manövriermasse gibt, paßt eben vielen Betriebsräten, die den Betriebsfrieden wahren und keine Scherereien wollen, ganz gut ins Konzept.

Wallraff hat der IG Metall demonstriert, daß es unter den Gewerkschaftsmitgliedern und in der Bevölkerung eine breite Basis für die Forderung nach einem Verbot der Leiharbeit gibt. Er hat der IG Metall damit auch günstige Bedingungen geschaffen, nun endlich für die Verwirklichung dieser Forderung etwas zu tun.

Darauf muß nun gedrängt werden: mit Resolutionen auf Mitglieder-, Vertrauensleute-, Vertreterversammlungen usw.

Jeder Gewerkschafter sollte aber auch in seinem Betrieb anfangen: jeder Werkvertrag gehört erneut auf den Prüfstand des Vertrauensleutekörpers und des Betriebsrates.

Krankenhaus-Konferenz

Die bereits mehrfach angekündigte Krankenhauskonferenz, die von unserer Partei, dem BWK, der GIM und anderen Organisationen des „Beilagenkreises" unterstützt wird, findet nun am 7.12. in Köln (Jugendgästehaus, An der Schanz) statt. Beginn ist 11.00 Uhr.

Itzehoe weiter nach Wilster ziehen (von ca. 60000 sind das rund 10-15000). Insgesamt waren rund 15000 Polizisten im Einsatz, die jedoch darauf verzichteten, das Verbot, nach Wilster zu ziehen, gewaltsam durchzusetzen. (In Wilter hatten sich einen Monat zuvor rund 400 Delegierte aus 150 Bürgerinitiativen des In- und Auslandes getroffen, um gemeinsam über das weitere Vorgehen gegen den geplanten Atommeiler Brokdorf zu beraten.)

Um ihre Behauptung von der blinden Gewalttätigkeit der „Chaoten" untermauern zu können, wurden vor der Brokdorfdemonstration vom Februar 1977 — offensichtlich durch die Polizei — gefälschte Flugblätter der KPD/ML auf verschiedenen Bauernhöfen bei Nacht in die Briefkästen geworfen, in denen dazu aufgefordert wurde: „Zündet die Traktoren an!" Die BILD-Zeitung griff das begierig auf und wußte bereits im Voraus von „drohenden Bürgerkriegsplänen" der „Linksextremisten" zu berichten. Laut „Welt" plante die KPD/ML, schwangere Frauen und wehrlose Kinder in die vorderste Reihe zu stellen, um so trotz Schießbefehl den Bauplatz zu stürmen.

Aus der ganzen BRD waren rund 15000 Polizisten und Grenzschutzbeamte zusammengezogen worden, über 1000 Wasserwerfer, Panzerfahrzeuge und Container waren herangeschafft worden. Mit dieser eindrucksvollen Machtdemonstration zeigte der Staat, daß es ihm bei dieser Auseinandersetzung um sehr hohe Ziele ging.

Die Autoren des Buches „Die Polizei in der Bundesrepublik", die in ihrer Mehrheit beim Forschungsprojekt „Polizei" der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung in Berlin mitarbeiten, stellen fest: „Brokdorf II markierte (...) einen Wendepunkt der Diskussion innerhalb der AKW-Gruppen über Sinn und Form des Protestes. Die an Formen des zivilen Widerstandes orientierten Gruppierungen wollten in einer Situation, in der Bauplätze zu Festungen ausgebaut und mit Tausenden von Polizeibeamten gesichert wurden, auf eine direkte Konfrontation verzichten. Statt der Platzbesetzungen sollten neue Formen des Widerstandes gesucht werden. Demgegenüber beharrte ein anderer Teil der Anti-AKW-Bewegung auf der Notwendigkeit von Protestformen, bei denen auch die Anwendung von Gewalt gegen Polizeibeamte nicht ausgeschlossen werden konnte.

Das Verbot von Demonstrationen im direkten Umkreis von Brokdorf, Grohnde oder Kalkar motivierte viele AKW-Gegner, ihr Recht zu demonstrieren trotzdem möglichst nahe am Baugelände wahrnehmen zu wollen: in Wilster, nicht in Ithehoe (wozu die Gewaltfreien im Februar 1977 aufgerufen hatten); nicht im Ort Grohnde, sondern vor dem Bauzaun. In Kalkar waren es der BBU (Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz — RM) und die auf Gewaltlosigkiet festgelegten Gruppen, die an einer Kundgebung nahe des Baugeländes festhielten und die anderen Gruppierungen auf eine gewaltfreie Form des Protestes festlegen konnten. Ungeachtet der inneren Spannungen der Anti-AKW-Gruppen verlief die politische Aktion nach einem ähnlichen Plan ab." (28)

Immerhin war es der Landesregierung von Schleswig-Holstein, die schließlich selbst die Demonstranten aufforderte, nach Itzehoe zu gehen, um sich deutlich von Gewalttätern zu distanzieren, nicht gelungen, die Anti-AKW-Bewegung trotz deren politischer Vielfalt auseinanderzudividieren. Die Zahl derer, die nach Wilster gingen, betrug etwa ein Drittel derjenigen, die sich mit einem Besuch von Itzehoe begnügten. Nicht zuletzt, weil erstere einen Umweg über Itzehoe machten (der allerdings „in die Beine" ging.)



KPD/ML-Block in Brokdorf

Grohnde

19. März 1977

Auf dem Baugelände des von der Preußenelektra bestellten und von der KWU geplanten 1361-MW-Druckwasserreaktors Grohnde kommt es zu schweren Zusammenstößen zwischen bis zu 15000 AKW-Gegnern und der Polizei. Im Anschluß daran forderte der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht das Verbot des KBW. (Am 14.3.1977 hatte das Verwaltungsgericht Freiburg die 1. Teilerrichtungsgenehmigung für das Kernkraftwerk Wyhl aufgehoben und den Bau des Kraftwerkes vom Einbau eines Berstschutzes — wegen nicht auszuschließender Erdbeben in diesem Gebiet — abhängig gemacht. Für viele AKW-Gegner war diese Rüge des Gerichts gegen eine Landesregierungsentscheidung ein Beleg für die Leichtfertigkeit, mit der die Regierenden ihre Atomkraftwerkspläne durchsetzen wollten.) (19i)

13. Juni 1977

Demonstranten besetzen, nachdem das Gericht auf Einspruch der örtlichen Bürgerinitiative hin einen vorläufigen Baustopp verkündet hatte, das außerhalb des Bauzauns gelegene Kühlturmgelände des geplanten Kraftwerks Grohnde. Ein Anti-Atom-Dorf entsteht. Dagegen wird eine „Bürgerwehr Emmerthal" ins Leben gerufen, die die Auflösung dieses Dorfes verlangt (Juli 1977).

Kalkar

24. September 1977

Gegen den von der durch die Regierungen der BRD, der Niederlande und Belgiens ins Leben gerufenen Schnellbrüter-Kernkraftwerks-Gesellschaft (SBK) (beteiligt: RWE, Synatom (Belgien) und SEP (Niederlande)) in Auftrag gegebenen und von der Internationalen Natruim-Brutreaktor-Baugesellschaft (INB) (bestehend aus der deutschen Interatom, der belgischen Belgonucléaire, der niederländischen Neratom und der Luxemburger Luxatom) zu errichtenden Schnellen Brüter Kalkar (einen 327-MW-Natriumgekühlten Schnellbrut-Reaktor, der als ein Prototyp gedacht ist) demonstrierten 30000 bis 60000 AKW-Gegner.

Die Demonstration verläuft friedlich, allerdings innerhalb des Sperrgebietes. Die Polizei demonstriert Stärke durch Vorführung neuer Mannschaftshubschrauber der Firma MBB, wie sie heute nach Südafrika exportiert werden.

Die Bourgeoisie zog aus den Stationen Brokdorf, Grohnde und Kalkar, bei denen die Großeinsätze der Polizei durchführen mußte, im wesentlichen folgende Lehren:

1. Geländesicherung

In Grohnde wurde nach der kurzfristigen gewaltlosen Besetzung des Bauplatzes durch AKW-Gegner (Februar 1977) ein betonierter Stahlzaun für 1,1 Millionen DM errichtet. In Kalkar hob man einen 4m breiten Wassergraben aus und baute direkt dahinter eine Betonmauer. Hinter den Befestigungsanlagen wurden Fahrtrassen für Wasserwerfer usw. gebaut, auf denen das gesamte Gelände rundum rasch erreichbar ist.

2. Politische Offensive: Warnung vor „Chaoten" und Drohung mit staatlicher „Gegengewalt"

Insbesondere in den Wochen vor Großdemonstrationen wurde von Politikern versucht, mit Hinweis auf drohende „bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen" Stimmung gegen AKW-Gegner zu machen. Man veröffentlicht „geheime Wortprotokolle" u.a.m., um zu beweisen, daß die militanten AKW-Gegner mit selbstgebauten Waffen und Bomben losschlagen wollen.

Auf den Norddeutschen Rundfunk wird Druck ausgeübt, die Berichterstattung über AKW-Proteste besser zu kontrollieren. (Hier liegt einer der Gründe dafür, daß man bestrebt ist, die bestehenden Rundfunk- und Fernsehanstalten zu „reformieren".) So beschloß der NDR-Verwaltungsrat beispielsweise eine Nachkontrolle der Brokdorf-Berichterstattung. Polizei und Innenministerien waren bestrebt, bei Großdemonstrationen die Berichterstattung in den Medien (z.B. durch Ausgabe von Sonderausweisen für Journalisten, mit deren Hilfe sie Polizeisperren passieren konnten) zu lenken. In Grohnde etwa wurden den Reportern auf dem Baugelände eigene Beobachtungsstände und Standleitungen nach außen zur Verfügung gestellt, damit sie aus gesichertem Hintergrund direkt berichten konnten. Nach den besonders gewaltsamen Auseinandersetzungen bei Grohnde erklärte der niedersächsische Innenminister Groß, daß die Bürgerinitiativen nicht länger von einer „kleinen, extrem gewalttätigen Gruppe" mißbraucht werden dürften. In diesen Rahmen gehören auch die Verbotsforderungen von Ministerpräsident Albrecht, der behauptete, vom Hubschrauber aus etwas „persönlich gesehen" zu haben, was es nicht gab: KBW-Fahnen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion brachte einen Antrag auf Wiedereinführung des Landfriedensbruchsparagraphen ein.

Trotz öffentlich propagierter Absicht des BBU, nach der in Brokdorf und Grohnde sichtbar gewordenen Spaltung der AKW-Gegner bei Kalkar friedlich zu demonstrieren, allerdings entlang dem hermetisch abgesicherten Bauplatz, verbreiteten Politiker aller Parteien die Befürchtung, daß „Gefahr für Leib und Leben" drohe (so SPD-Bezirksvorsitzender Bäumer). CDU-Oppositionsführer in NRW, Köppler, wollte sogar etwas von geheimen Waffenlagern wissen. Der Leiter des Ordnungsamtes Kalkar gab bekannt: „Schließt die Geschäfte, bringt die Autos in Sicherheit, haltet die Kinder zu Hause, sie bekommen ohnehin schulfrei!" (Der Tagesspiegel, 23.9.1977) Der Staat sei herausgefordert und dürfe sich nicht in Selbstbindung vernichten lassen (NRW-Arbeitsminister Farthmann). Der DGB warnte vor einer Teilnahme an der Demonstration. Als sich die Organisatoren darum bemühten, bei dem Innenminister behaupteten „untrüglichen Beweise" für die erwarteten Gewaltaktionen zu bekommen, gab man ihnen keine Antwort. Sie richteten einen 2000 Mann starken Ordnungsdienst ein.

3. Intensive Voraufklärung

Die Sicherheitsbehörden führten eine Reihe intensiver Kontrollen und Aufklärungsmaßnahmen gegenüber den Bewohnern der betroffenen Regionen und gegenüber den Bürgerinitiativen durch und begründeten das mit der Bedrohung des Staates durch „Extremisten" mit „staatszerstörerischen Absichten". So wurden Versammlungen beobachtet, Kennzeichen von Kraftfahrzeugen notiert und gespeichert. So solle der Polizei „die Unterscheidung zwischen Bürgerinitiativen und ihren möglicherweise extremistischen Unterwanderern" ermöglicht werden. „Wenn (...) gelegentlich auch Unbeteiligte einbezogen werden müßten, sei das zur Abwehr von Gefahren durchaus vertretbar." (FAZ, 5.5.1977) Sprecher von Bürgerinitiativen erhielten Besuch von Staatsschutzbeamten, bäuerliche Anwesen wurden auf Waffenverstecke durchsucht. Schon Wochen vor Demonstrationen dehnten sich Personalienerfassung und Fahrzeugdurchsuchung auf die gesamte Anwohnerschaft aus. Ein CDU-Ortsrat klagte gegenüber der „Zeit" (23.3.1977):

„Zivile Polizeistreifen notieren Autonummern, photographieren harmlose Passanten, leuchten nachts in Höfe und Häuser. Mitglieder des TSV Grohnde wurden (...) nach einem Auswärtsspiel in Emmerthal daran gehindert, mit einem Wagen ins eigene Dorf zurückzufahren. (...) Hier ist eine Atmosphäre der Angst geschaffen worden."

4. Verbote und Auflagen

Sowohl in Brokdorf als auch in Kalkar wurde die Genehmigung zur Demonstration im Umkreis des Baugeländes verweigert. In Brokdorf wurde ein Umkreis von 8 km abgeriegelt, in Kalkar nur eine Kundgebung im Ort gestattet. Fahnenstangen durften in Kalkar nur 2 cm dick und 1,50 m lang sein, die Benutzung von „Helmen und Tarntüchern" wurde untersagt.

5. Kontrollstellen

Zu Wilster/Itzehoe und Kalkar wurden erstmals weiträumige Kontrollen im gesamten Bundesgebiet durchgeführt. Bereits beim Anmarsch wollte man potentielle Gewalttäter auf Waffen durchsuchen. In Fall Kalkar kontrollierten allein in NRW etwa 3500 Beamte an 96 Kontrollpunkten rund 122000 Personen und 68000 Fahrzeuge. In der BRD insgesamt wurden etwa 147000 Personen und 75000 Fahrzeuge kontrolliert. Demonstranten aus den Niederlanden wurde die Einreise verwehrt.

6. Zusammenziehung von Polizei

Während man sich in Wyhl noch mit einigen Hundertschaften begnügt hatte, hatte man im Oktober 1976 bereits 1300 Beamte mit 15 Wasserwerfern auf dem Bauplatz postiert. Bei den Großdemonstrationen 1977 wurden Beamte aus fast allen Bundesländern und Bundesgrenzschutz zusammengezogen (in Brokdorf 6500, in Grohnde 5000, in Kalkar 8000). Zusätzlich waren im Bundesgebiet Tausende von Beamten eingesetzt, deren Leitung generalstabsmäßig geplant wurde. Hundertschaften wurden tief gestaffelt in „Sperrgebieten" postiert. Während man dabei in Grohnde zum Angriff überging, zeigte man sich in Wilster und Kalkar flexibel und duldete, daß sich der Demonstrationszug in die Sperrgebiete hinein bewegte. In den Führungs- und Lagezentren des polizeilichen „Generalstabs" wurde zugleich die Pressepolitik koordiniert. Bei allen drei Demonstrationen waren die Innenminister vor Ort.

1981 in Brokdorf traten alle erwähnten Elemente in ihrer bis dahin extremsten Ausgestaltung auf. Angesichts der bis zu 100000 Demonstranten versucht die Polizei (mit einem Aufgebot von 10000 Beamten) nicht, das Verbot durchzusetzen, sondern zu verhindern, daß die Masse der Demonstranten geschlossen zum Bauplatz gelangt. Hubschraubereinsätze werden zur Demonstration polizeilicher Macht benutzt.

7. Einsatz von Provokateuren

Um die AKW-Bewegung in Mißkredit zu bringen und Beteiligte zu kriminalisieren, wurden zudem Under-cover-Agenten, beschönigend als „verdeckt ermittelnde Beamten" bezeichnet, eingesetzt, die das Ziel hatten, für ein irrationale Stimmung zu sorgen und Demonstranten zu Straftaten zu verleiten, um sie dann dingfest machen zu können. Polizeispitzel, die in Bürgerinitiativen eingeschleust wurden, boten dort Sprengstoff und Waffen an und versuchten, die Bürgerinitiativen zu Gewaltakten zu verleiten. Einige Polizeispitzel wurden entlarvt, so der Polizeiobermeister Klaus Eggert vom Landeskriminalamt Hannover (Abteilung Staatsschutz), sein Kollege Rudi Modkorcvig und ein weiterer Beamter, der unter dem Decknamen Bernd Steynmann aktiv war.

„Bei dieser Methode fällt die

Ähnlichkeit mit Vorgängen in der Terroristen-Szene auf, wo ebenfalls Verfassungsschutzbeamte Waffen an Terroristen lieferten, mit denen dann Morde verübt wurden. Offensichtlich war der Staatsgewalt an Gewalt gelegen. Über Polizeispitzel stachelte man Bürgerinitiativen auf und versuchte ihnen Waffen und Gewaltanwendung aufzuschwatzen.“ (29a)

Anläßlich der „bisher härtesten Schlacht um ein Kraftwerk“ (Spiegel 14/1977) in Grohnde, die Ministerpräsident Albrecht ein Verbot des KBW fordern ließ (das habe mit Demonstration nichts mehr zu tun, sondern sei geplanter Umsturz und rohe Gewalt), konstatierte der Spiegel (14/77): „Im Bewußtsein ihrer ganzen Stärke **sprangen die Demonstranten mit der Polizei wie Polizisten um.**“ Es waren offenbar auch vor allem Polizisten, die das taten. Hinterher wurde eine wahre Flut von Verurteilungen von AKW-Gegnern zu Gefängnisstrafen ohne Bewährung ausgesprochen, wegen bloßer Teilnahme an dieser Demonstration. Hunderte von Ermittlungsverfahren gegen Gewalttäter dagegen wurden in der Regel wegen zu dürftiger Beweisgrundlage“ eingestellt.“ (29b)

Gorleben

Nach 1977 konzentrierten sich die Bürgerinitiativen darauf, statt der Großdemonstrationen im regionalen Rahmen gegen bestimmte Großprojekte zu mobilisieren und den alltäglichen Widerstand gegen den behördlichen Vollzug von Ausbaumaßnahmen zu organisieren. Beispielhaft dafür ist der Kampf gegen die Wiederaufbereitungs- und Endlageranlage Gorleben.

Schon Anfang 1978, als Gorleben erst als ein möglicher Standort zur Diskussion stand, richteten sich die Sicherheitsbehörden systematisch auf einen Dauerkonflikt ein. In Lüneburg wurde ein Vorbereitungsstab mit dem Ziel ins Leben gerufen, „für Dauer- und Großeinsätze im Raum Gorleben eine umfassende Führungs- und Einsatzkonzeption für die verschiedenen denkbaren Lagebilder“ zu erstellen (Stern, 24.5.1978).

„Die Landesregierung hielt zwei Polizeiabteilungen — rund 1600 Mann — als ständige Polizeiüberwachung für notwendig und handelte mit dem Bund einen Vertrag über die Finanzierung der Kosten der Stationierung aus (200 Mill. DM für 4 Jahre). (...) Vor Beginn der Probebohrungen — Anfang 1979 — ließ der Innenminister schon vorsorglich 100 Zellen im Celler Gefängnis freimachen. Ein psychologisch geschulter ‚Polizeiexperte‘ bezog in Lüchow-Dannenberg Quartier, um ‚im Fall von Demonstrationen‘ über die Polizeieinsätze berichten zu können. (...)

Während sich die örtliche Bürgerinitiative in den Jahren 1977/78 (...) darauf konzentrierte, ein ‚dichtes informelles Kontaktnetz‘ mit Bürgerinitiativen in der ganzen BRD herzustellen, tauchten in der Presse bereits erste ‚Meldungen‘ über geplante Aktionen von ‚Chaoten‘ und ‚Extremisten‘ auf. So meldete die örtliche Elbe-Jetzel-Zeitung unter Berufung auf den niedersächsischen Verfassungsschutz: ‚Linksextremisten rüsten zur Gorlebener Schlacht. Zweitwohnungen als Anlaufstellen und Lagezentren.‘ (22.5.78)“ (29)

25. März 1979

Über 3000 Demonstranten aus dem Kreis Lüchow-Dannenberg brechen zu Fuß, zu Pferd, mit dem Fahrrad und mit über 300 Traktoren zu einem 7tägigen Treck nach Hannover auf, um gegen das geplante Entsorgungszentrum in Gorleben zu protestieren. Sie setzten in Hannover einen 4 t schweren Findling aus dem Wendland als Mahnmal ab. Bei der Schlußkundgebung waren über 100000 Menschen. (Schon am 12.3.1977 hatten sich im Wald bei Gartow rund 15000 Gegner eines solchen Entsorgungszentrums versammelt und unter anderem 1000 Birken gepflanzt. Vom 28.3. bis 3.4.1979 wurde in Hannover für 2,4 Millionen DM ein Gorleben-Hearing abgehalten, auf dem über 60 Fachleute zum Thema „nukleares Entsorgungszentrum.. Stellung nahmen. Es verlief wie das „Hornberger Schießen.. Am 16.5.1979 erklärt der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht, daß er es nicht für richtig halte, „eine Wiederaufarbeitungsanlage zu bauen, solange es nicht gelungen ist, breite Schichten der Bevölkerung von der Notwendigkeit und sicherheitstechnischen Vertretbarkeit der Anlage zu überzeugen“.) (19i)

„Eine Schlacht fand trotz der 1979 anlaufenden Probebohrungen nicht statt. Jedoch war ein anhaltender, zäher Widerstand zu beobachten. Die Polizei registrierte etwa 70 Bohrlochbeschädigungen, obwohl die Bohrstelle gesichert und das Gelände weiträumig von Polizei und Bundesgrenzschutz kontrolliert wurde. Selbst Bauern und Waldarbeiter mußten sich ausweisen, viele empfanden die Dauerstreifen bei Tag und Nacht als eine ‚Demonstration der Macht‘. (...) Der Widerstand der Gegner der Wiederaufbereitungsanlage — in Form von Traktorblockaden gegen Bohrfahrzeuge, Sitzstreiks, Sitzen auf Bäumen bei Rodungsaktionen — konnte durch die intensive polizeiliche Präsenz nicht unterbunden werden.“ (29)

4. Juni 1980

Mit 3500 Polizisten und einer Bundesgrenzschutz-Hubschrauberstaffel wird die Tiefbohrstelle 1004 über dem Gorlebener Salzstock gewaltsam geräumt. Hier hatten über 10000 AKW-Gegner 32 Tage lang ein Anti-Atom-Dorf, die „Republik Freies Wendland“ (mit eigenen Pässen und eigener Radiostation), errichtet. (Im Juni 1980 kommt der von der Bundesregierung bestellte Gutachter Eckard Grimmel zu dem Ergebnis, daß der Gorlebener Salzstock für die beabsichtigte Atommüll-Einlagerung ungeeignet ist. Trotzdem gehen die Tiefbohrungen dort weiter. Kosten bis dahin: 30 Millionen DM, davon die Hälfte für Polizeieinsätze und Sicherung des Geländes.) (19i)

„Nach Beginn der Tiefbohrungen einigten sich die örtlichen Bürgerinitiative und Vertreter von Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet darauf, eine der geplanten Tiefbohrungsstellen zu besetzen. Die polizeiliche Räumung der ‚Freien Republik Wendland‘ (...) wurde zu einer staatlichen Machtdemonstration. Nach einem mit der niedersächsischen Landes- und der Bundesregierung abgesprochenen Konzept sperrten Gruppen der insgesamt 8000 bis 10000 Beamten das Gelände großräumig ab. Teilweise waren sie in der Nacht von Bundesgrenzschutz-Transporthubschraubern eingeflogen worden. Danach begannen Bundesgrenzschutzbeamte und Polizeihundertschaften die nur gewaltlos Widerstand leistenden Besetzer teilweise mit Knüppeleinsatz vom Gelände zu tragen. Der Ablauf der Aktion wurde direkt in die Lagezentren in Hannover und Bonn gemeldet, über die sich Landes- und Bundesregierung laufend informierten. In der Presse fand das Vorgehen eine überwiegend positive Resonanz. Bei den Besetzern (...) blieb die Reaktion auf diese von einer technisch perfekten, das gesamte Drohpotential einsetzenden ‚Einsatzmaschine‘ vorexerzierte Räumung zwiespältig.“ (29) „Erdrückend sozialpartnerschaftlich“ (taz), 21.6.1980) stellte eine Reporterin fest. Der Dauerkonflikt Gorleben blieb bestehen, ebenso die massierte Anwesenheit von Polizei- und Bundesgrenzschutztruppen.

Brokdorf III

28. Februar 1981

Gegen den Baubeginn des AKW Brokdorf demonstrieren rund 100000 AKW-Gegner. Ein Demonstrationsverbot des Landrats von 212 qkm um die Baustelle wird gerichtlich aufgehoben. Der bayrische Innenminister Tandler fordert Busunternehmer auf, keine Demonstranten nach Norddeutschland zu fahren. Die Polizei hat mit über 10000 Beamten ihr bis dahin größtes Aufgebot zusammengezogen (Kosten des Einsatzes: 12 Millionen DM).

Nach dieser Demonstration wird der Versuch unternommen, durch Prozesse gegen einzelne Demonstranten wegen angeblichen Mordversuchs an Polizeibeamten die Bewegung zu diskreditieren. Wegen ihrer Teilnahme an Protestaktionen gegen Atomkraftwerke werden zahlreiche Menschen z.T. zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt, so z.B. der Pastor Gunnar von Schlippe zu 12 Monaten wegen seiner Beteiligung an Demonstrationen in Grohnde, der allerdings in der Hamburger Petrikirche kirchliches Asyl erhält.

Aus der Vielzahl von Verurteilungen von AKW-Gegnern seien zwei als Beispiele herausgegriffen: In Itzehoe wird am 20.9.1977 der Bremer Hanjo S. wegen verbotenen Waffenbesitzes zu 8 Monaten Haft (auf Bewährung) verurteilt. Er hatte zur Brokdorfdemonstration von 13.11.1976 einen Bolzenschneider mitgebracht. Der Prozeß wurde von Polizei gegen „Störer“ abgesichert. Noch härter geht man gegen Markus Mohr vor, der angeblich einen Polizisten erschlagen wollte. Er wird monatelang in U-Haft festgehalten und dann zu einer langen Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt. Polizisten dagegen, die z.B. den „Stern“-Reporter Stefan Kocak zusammengedroschen haben, gehen straffrei aus, obgleich hier seitens des „Stern“ belastendes Fotomaterial veröffentlicht wird. Innerhalb der SPD entwickelt sich eine widersprüchliche Haltung zur Kernenergie. Während die Schmidt-Regierung den Polizeieinsatz von Brokdorf verantwortet, steigt die Hamburger SPD aus diesem Projekt kurzfristig aus, was schließlich zu einer Ablösung des Bürgermeisters Klose durch den Schmidt-Anhänger Dohnanyi führt. (19i)

Hinweise

Da bei der letzten Folge die Hinweise fehlten, geben wir hiermit die Literatur für die Folgen 2 und 3 der Serie an, mit der Bitte um Entschuldigung.

13) Robert Gerwin, So ist das mit der Kernenergie. Von der Kernspaltung zum Strom, Econ Verlag (1976), S. 112 ff
14) Radzio, a.a.O., S. 148 f
15) Strohm, a.a.O., S. 502 f
16) ebenda, S. 503
17) Radzio, a.a.O., S. 145
18) ebenda, S. 146
19) ebenda, S. 147
19a) Der Störfall von Harrisburg. Der offizielle Bericht der von Präsident Carter eingesetzten Kommission über den Reaktorunfall auf Three Mile Island, Erb Verlag (1979), S. 18 ff
19b) ebenda, S. 30
19c) Ernest J. Sternglass, Radioaktive „Niedrig“-Strahlung. Strahlenschäden bei Kindern und Ungeborenen, Oberbaum Verlag (1977), S. 109 ff
19d) Der Störfall ..., a.a.O., S. 34 ff
19e) Strohm, a.a.O., S. 575
19f) Egmont R. Koch/Fritz Vahrenholt, Im Ernstfall hilflos? Katastrophenschutz bei Atom- und Chemieunfällen, Kiepenheuer & Witsch (1980), S. 81
19g) Der Störfall ..., S. 42
19h) Zhores Medwedjew, Bericht und Analyse der bisher geheimgehaltenen Atomkatastrophe in der UdSSR, Hoffmann & Campe, (1979), S. 205
19i) Daten zusammengestellt nach: Emanuel Eckardt/Sebastian Knauer, Kein schöner Land. Ein deutscher Umweltatlas, Goldmann 11515 (1982), S. 274 ff, sowie: Fischer Weltalmanach '78 und '79; Strohm, a.a.O., S. 133 ff; Winnacker, a.a.O., S. 147; ferner zahlreiche Nummern des Roten Morgen aus den Jahrgängen 1976 bis 1981
19j) vgl. Strohm, a.a.O., S. 890 f
20) H. Busch u.a., Die Polizei in der Bundesrepublik, Campus Verlag (1985), S. 328 f
21) ebenda, S. 329
22) ebenda
23) ebenda, S. 331
24) ebenda
25) ebenda, S. 332
26) Erfahrungs- und Vertrauensbericht über die Polizeiaktion in Brokdorf (1.12.1976), zit. in: Busch u.a., a.a.O., S. 333
27) Busch u.a., a.a.O., S. 334
28) ebenda, S. 335
29) ebanda, S. 339 ff

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + +

Erziehungsgeld

In der BLIND-Zeitung habt ihr auch zum Erziehungsgeld Stellung genommen. Leider in Schwarz-Weiß Manier und teilweise falsch. Unter anderem schreibt ihr, daß dies eine neue Leimrute sei, um Frauen zurück ins Haus oder auf Teilzeitbeschäftigung zu bringen. Berufstätige ständen sich finanziell schlechter als bei Mutterschaftsgeld.

Das letztere ist doch sachlich falsch. Betrug die Unterstützung nach der SPD-Regelung 4 x 750 DM = 3000 DM, wurde diese unter der CDU erstmals auf 4 x 520 DM = 2080 DM gekürzt; nach der neuen Regelung 10 x 600 DM = 6000 DM. Weiter kann die Mutter bis zu 20 Stunden die Woche arbeiten, falls die Familie nicht rundkommt. Und das SPD-Gesetz brachte die Frauen ähnlich ins Haus zurück wie das neue Gesetz, theoretisch wird dies sogar dem Mann ermöglicht. Weiter hat auch die „Nur-Mutter“ Anspruch auf Unterstützung. Dies ist doch positiv. Die Versorgung der Säuglinge, eine gesellschaftlich notwendige Arbeit, wird hier auch finanziell anerkannt und damit die Arbeit der Mütter aufgewertet. Das heißt jetzt nicht, daß ich hier Hurra für die CDU schreien möchte, vielmehr möchte ich damit ausdrücken, daß diese positiven Seiten in Rechnung zu stellen sind. Sonst heißt es leicht im Urteil von Kollegen und Bekannten, daß die Kommunisten mal wieder alles übertreiben, Hetze betreiben usw. bzw. ihr Vorurteil gestärkt wird.

Schwere Pferdefüße hat das Gesetz natürlich auch. Wieviele werden den Erziehungsurlaub nicht nehmen, weil sie die Kündigung befürchten müssen, weil sie in einem Kleinstbetrieb arbeiten, oder in ihrem Betrieb ein Teil stillgelegt wird? — Ist es vertretbar, daß bei einem Einkommen von 5000 DM mtl. z.B. (und aufwärts) noch vom Staat Unterstützung gezahlt wird? Die Frau des Managers („Nur-Mutter“) bekommt anstandslos die 6000 DM und die Arbeiterin (alleinstehend), wie weiter voll arbeitet, geht leer aus. Das schreit doch zum Himmel. 1,5 Milliarden sollen wohl 1986 schätzungsweise ausgegeben werden. Hätte nicht bei konsequenter Einkommensbegrenzung die Unterstützung höher ausfallen können? Meines Erachtens steckt hier konservative Politik dahinter. 1987 sind die Wahlen und hier ist zweifellos etwas geboten worden. Und die mehr konservativen kleinbürgerlichen Kreise sehen darin wohl endlich eine Aufwertung ihres Verständnisses von Mütterlichkeit, der spießbürgerlichen, worin die Frau ins Haus gehört, die Kinder großzieht und darin ihre einzige Lebensaufgabe besteht. (überspitzt ausgedrückt).

Fazit: Das Erziehungsgeldgesetz behandelt arm und reich gleich, und ist somit unsozial. Es stellt für den einen Teil der Arbeitnehmer eine Verbesserung dar, besonders nach den vielen Kürzungen. Diese werden es also begrüßen. Ein anderer Teil wird ausgegrenzt, verschlechtert sich gegenüber der alten Regelung, nämlich diejenigen, die dann mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes rechnen müssen, und diejenigen, die weiter voll arbeiten wollen oder müssen. Also: Schwarz-Weiß Malerei bringt nicht weiter.

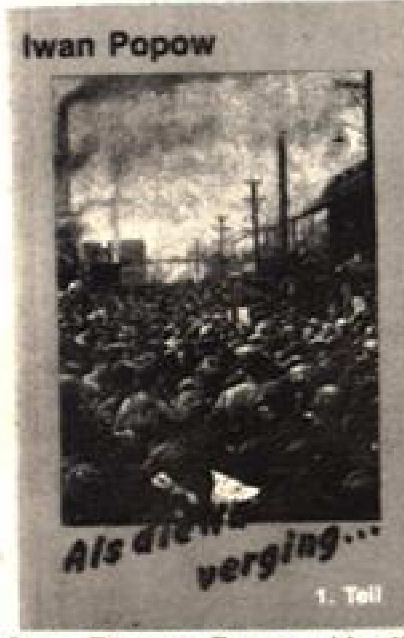
H.L., Köln

BÜCHERMARKT

GESCHICHTE F. MEHRING ★

Drei Geschichtsbände des marxistischen Historikers Franz Mehring. Zum einen: **Deutsche Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts**, ein Paperback aus der Reihe Materialistische Wissenschaft des Oberbaumverlags, 354 Seiten, mit vielen Abbildungen und Karten. **Nur DM 7,50★**
Franz Mehring: **Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters.** Ein fester Band aus der Reihe Bücherei des Marxismus-Leninismus, Dietz Verlag 1952. Deutsche Geschichte von der Reformation bis zu Bismarcks Sturz, mit Namensverzeichnis und genauer Fremdwörter- und Begriffserläuterungen, 328 Seiten. **Nur DM 7,50 ★**
Ein Sammelband zusammengestellt und herausgegeben anläßlich des 100. Geburtstages Franz Mehrings am 27. Februar 1946: **Historische Aufsätze zur Preußisch-Deutschen Geschichte.** Auch dieses schöne alte Bändchen (275 Seiten) für **Nur DM 7,50 ★**

ACTION



Iwan Popows Roman **Als die Nacht verging** schildert den illegalen Kampf der Bolschewiki in Rußland gegen die Stolypinsche Reaktion. Action, Spannung, Politik in zwei Bänden, ganz selten zu haben für **Nur DM 10,—**

Makarenko ★

Von Makarenko, dem berühmten sowjetischen Wissenschaftler, Lehrer und Erzieher bieten wir eine dreibändige Werksausgabe an. Jeder Band mit vielen Bildern, Erläuterungen und Anmerkungen, stabile Leinenausgabe mit Schutzumschlag. Band I 818 Seiten, Bd. II 546 Seiten, Bd. III 519 Seiten. Also 1883 Seiten Makarenko bei uns **Nur DM 25,— ★**
Makarenkos berühmtestes Buch, **Ein Buch für Eltern,** mit seinen Anschauungen zu Erziehungsfragen hat 358 Seiten, ist in der 8. Auflage der Ausgabe des Verlags Volk und Wissen 1976 und kostet **Nur DM 5,— ★**
Noch mehr Erziehung: Die **Geschichte der Erziehung** behandelt aus Sicht von DDR-Wissenschaftlern das weite Feld von der Erziehung in der Urgesellschaft über alle wichtigen historischen Epochen, einschließlich der verschiedenen Wege, die in der DDR und Westdeutschland gegangen wurden bis zum Ende der 50er Jahre. Satte 726 Seiten Erziehungsgeschichte ★ **Nur DM 9,90**



Ein besonderer Leckerbissen unseres Angebotes: **Fontana Martina.** Vollständiger Faksimile-Druck der von Fritz Jordi und Heinrich Vogeler 1931/32 herausgegebenen Halbmonatszeitschrift. Diese Zeitung, die in einer sozialistischen Kommune erschien, verstand sich als ein Stück politischer Gegenkultur. Neben vielen Textbeiträgen enthält es Grafiken bedeutender antifaschistischer Künstler, ein erläuterndes Gespräch zwischen Theo Pinkus und Carl Meffert (Clément Moreau) und ein informatives Nachwort. Das seltene Stück aus dem Anabas Verlag kostet bei uns ★ **Nur DM 15,—**

Songbook

Es ist noch zu haben: das berühmte Kleine dicke Liederbuch. Mit Noten, Gitarrengriffen, fortschrittliches Liedgut komplett: 800 Seiten, handlich, fest gebunden, kostet es weniger als eine Schallplatte Nur DM 14,—



Noch mehr Musik: das rororo Rock-Lexikon von Siegfried Schmidt-Joos und Barry Graves (Ausgabe 1973) verramschen wir glatt für ★ Nur DM 3,—

PROBLEME

Ein starkes Stück Philosophie: Die Materialien der Allunionskonferenz zu den philosophischen Fragen der Naturwissenschaft in Moskau 1958 sind 1962 im Akademie Verlag Berlin/DDR erschienen. **Philosophische Probleme der modernen Naturwissenschaft** ist der Titel des über 550 Seiten starken, großformatigen Wälzers mit Schutzumschlag. ★ **Nur DM 8,—**

Der Bücherbote kommt ins Schwitzen: es sind zwar nicht ganz 2001 Angebote, aber eine Wohltat für jeden Bücherwurm, was der RM hier anbieten kann. Aus Spenden, Rezensionsexemplaren, Doppel- und Dreifachausgaben unseres Archives, aus Restauflagen und modernem Antiquariat haben wir einen Bücherkorb zusammengestellt, in dem eigentlich jeder was Interessantes finden müßte. Der große Reibach wird mit diesem Angebot nicht gemacht — die Erlöse dieser Aktion fließen ausschließlich der Partei zu — eine Spende gegen dicke, voluminöse, bunte, große, theoretische oder antiquarische Spendenquittungen — die Lesevergnügen bereiten. Und aufgepaßt: dies ist erst der erste Korb, wir haben noch viel mehr auf Lager.



... und zum Lesen!

— Unser Top-Angebot —



Nun, dann nichts wie ans Telefon: Wir bieten an: 42bändige Ausgabe von Lenins Werken, incl. 2 Bände Briefe und 2 Registerbände. Alle Bände gut erhalten, jeweils in Kunstleder, verschiedene Auflagen der 1961 erstmals im Dietz-Verlag erschienenen Gesamtausgabe kosten bei uns — statt des aktuellen Neupreises von über 400 DM Nur 299,— DM

Und so wird bestellt:

Alle Bücher, alle Angebote, die mit einem Sternchen (★) versehen sind, gibt es nur einmal oder zweimal. Um Mehrfachbestellungen und damit eventuell große Traurigkeit bei den zu spät kommenden zu vermeiden unser Weg: Anrufen — nachfragen, ob das Buch noch zu haben ist, reservieren lassen und der Versand kommt in die Gänge, sowie Eure Kohle eingetroffen ist. Bei mehreren Exemplaren und Restauflagen läuft der Versand in der Reihenfolge des Eingangs der Bestellungen. Und bitte: keine Bestellungen unter 10,— DM — das ist für niemanden ein Vorteil.
Daher ganz wichtig: Telefon RM-Verlag: **(0231) 433691** oder 92, Werktags von 9 - 18 Uhr.

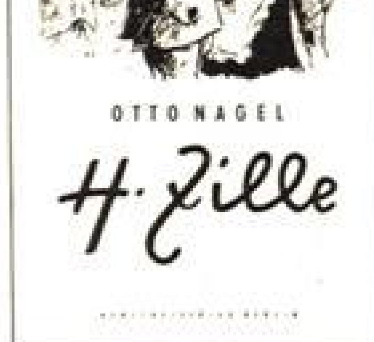
Bestelladresse: **RM-Verlag, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30**

Für Schecks und Überweisungen: Verlag RM, Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321 000 290 (BLZ 440 501 99)
Postscheckkonto Dortmund 79 600-461

HORROR

Das **Lexikon des Horror-Films** stellt auf 528 Seiten über 700 Filme dieses Genres vor. Ein Paperback aus dem Bastei-Lübbe Verlag von 1985. Der Schreck läßt nach, wenn wir den Preis für das Buch mit vielen Bildern, einem ausführlichen Register und einer Bibliographie bekanntgeben. **Nur DM 7,50 ★**





Einen ausgezeichneten Gesamteindruck des breitgefächerten Werks des großen sozialkritischen Zeichners Heinrich Zille bietet der Band von Otto Nagel H. Zille. Diese Veröffentlichung der Deutschen Akademie der Künste im Henschel Verlag Berlin/DDR aus dem Jahre 1960 bietet mit vielen farbigen oder s/w-Abbildungen nicht nur eine Information, sondern auch eine Ehrung für „Vater Zille". Gut kommentierte reichbebilderte Ausgabe, 180 Seiten ★ Nur DM 9,90



Gefallenes Mädchen

RARITÄT

Viel mehr als ein Buch ist die Sammlung: Der Antifaschistische Widerstandskampf der KPD im Spiegel des Flugblatts 1933 - 1945.
In einem großformatigen Leinenschuber (26/36/6cm) liegen 240 Faksimiles illegaler Flugblätter, eine großformatige informative Broschüre bietet eine gute Einführung und ein ausführliches Register zu den Drucken. Einige Dinge sind sogar Originalreproduktionen, wie z. B. der komplette Originaldruck einer kleinen Broschüre, mit der die Resolution der Berner Konferenz der KPD vom Frühjahr 1939 im „Reich" verbreitet wurde. Diese Kassette, eine außergewöhnliche verlegerische Leistung des Röderberg Verlages aus dem Jahre 1978 gibt es — einmalig — für Nur 75,— DM

GEGEN GEBOT

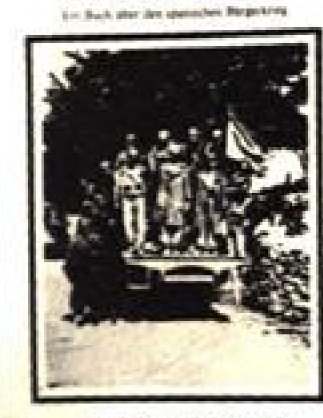
Wir bieten an: 2 Originalhefte der proletarisch-revolutionären Kulturzeitschrift **DIE LINKSKURVE.** Und zwar konkret aus dem 2. Jahrgang die Nr. 9 vom September 1930 (42 Seiten) und aus dem 3. Jahrgang die Nr. 11, November 1931 (32 Seiten). Die beiden Exemplare der von Johannes R. Becher, Kurt Kläber, Hans Marchwitzka, Erich Weinert und Ludwig Renn bieten viele theoretische Aufsätze, Kritiken, Polemiken, Buchbesprechungen und Anzeigen und sind in bestem Zustand.



Wir verkaufen sie an den Meistbietenden. Also anrufen, Angebot und Adresse hinterlassen, der Verlag meldet sich dann. Die Hefte haben zwar damals nur 30 Pfg pro Stück gekostet, aber heute muß man für solche Raritäten schon etwas mehr bezahlen. Also: Gebote ab 30 DM (15 DM pro Stück) an den RM-Verlag.

Camaradas

Erich Weinert



Erich Weinerts berühmtes Buch über den Spanischen Bürgerkrieg. Erlebnisse, Erfahrungen, Gedichte und Lieder, viele Bilder 325 Seiten und trotzdem nur DM 7,50

ABENTEUER

Der Geschenktip: Alex Wedding **Das große Abenteuer des Kaspar Schmeck.** Das Buch von Alex Wedding (der Name ist ein Pseudonym von Grete Weißkopf) schildert das Leben eines Jungen in einer deutschen Söldnerarmee auf der Seite des englischen Kolonialheeres gegen die amerikanische Unabhängigkeitsbewegung um 1776. Spannende 280 Seiten und **Nur DM 3,50**

Parteibüros der KPD
und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeiten zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel** 1, KPD, Rendsburger Landstr. 9, Tel.: (0431) 642110, geöffnet: Di u. Fr 18 - 20 Uhr

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 2624388, geöffnet Mo u. Fr. 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

KPD Saar: 6685 **Heiligenwald**, Kontaktadresse: E. Bittner, Waldwiesstr. 13

Sektion Westberlin: 1000 **Berlin** 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474